



DIE DRESDNER UNION

Journal der CDU Dresden
www.cdu-dresden.de

Rückblick
46. Kreisparteitag

Seiten 5-6

Erinnerung
an den Mauerfall

Seiten 16-17

Unterbringung
von Asylbewerbern

Seiten 7-9



Oberbürgermeisterwahl 2015

Es geht um die Zukunft unserer Stadt!



CDU

DIE DRESDNER UNION

HEIDE'S

Jetzt ist Glühweinzeit!

www.heidesaft.de

Obstkellerei Kurt Heide
Markt 18
09603 Siebenlehn (Sa.)
Tel. 034242 / 64348



Qualitätsprodukte aus der Region.

HEIDE'S



DAS
BESTE
AUS
SACHSEN

Jens Weißflog liebt Äpfel von Streuobstwiesen.

Apfelsaft naturbelassen



BOM Säfte sind zu 100% vegan.

Naturbelassene Säfte mit Herkunftsgarantie
aus deutschem Obst und deutschen Kräutern.

Hergestellt in der Biologischen Obstmanufaktur Heide - Siebenlehn

Wie können Sie uns unterstützen?

Bringen Sie Ihr Obst in unsere Annahmestellen oder erwerben Sie dort einen Obstschein für Deutsches Obst.
Eine Gemeinschaftsaktion der Deutschen Obstproduzenten und Heide's.
Weitere Info's und Versand unter 0180-500 96 93* oder www.heidesaft.de
(* 14 Ct./Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.)

Dresdner
Winterzauber
AUF DEM ALTMARKT

16.1.-1.3.
täglich geöffnet
von 10-22 Uhr

Aus dem Programm

- Fr. 16.1. 12 Uhr Eröffnung, 17 Uhr Musikalischer Auftakt mit „August der Starke“ und seinem Hofstaat, den Sachsenkönigen „Remmi & Demmi“ und den Mostviertler Königsparchen
- So. 18.1., 16:30 Uhr Eisrevue Auszüge aus dem Programm des Dresdner-Eislauf-Club e.V.
- Sa. 24.1., 16 Uhr Fantreffen der Dresdner Eislöwen
- Sa. 31.1., 17 Uhr Eisinspektion mit „August der Starke“ und seinem Hofstaat
- So. 8.2., 16:30 Uhr Synchroneskunstlaufshow des Dresdner-Eislauf-Club e.V.
- Sa. 14.2., 18 Uhr Valentinstagsparty
- Mo. 16.2. bis Mi 18.2. Bunttes Faschingstreiben auf dem Eis
- So. 22.2., 16:30 Uhr Kürprogramme des Dresdner-Eislauf-Club e.V.

Eisbahn * Eisstockbahn * Winterrutsche * GaudiTreff * Stiegl Alm
Ausschank und Imbiss * Eisdisco * Eisshows * Eisfasching

Reservierung für Stiegl Alm, GaudiTreff und Eisstockbahn unter:
0177.8285387 oder reservierung@bergmannevent.de

www.dresdner-winterzauber-2015.de

Liebe Mitglieder und Freunde der Dresdner Union,

Christian Hartmann MdL,
Vorsitzender CDU Dresden



bewegte Wochen liegen hinter uns. Auf Landesebene haben wir mit der SPD einen Koalitionsvertrag verhandelt und beschlossen, der nun die Grundlage für die Zusammenarbeit der Fraktionen von CDU und SPD im Sächsischen Landtag sowie die Arbeit der Staatsregierung unter unserem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich bildet.

In Dresden hat sich unsere Oberbürgermeisterin Helma Orosz aus gesundheitlichen Gründen entschieden, zum 28. Februar 2015 vorzeitig aus ihrem Amt auszuscheiden. Sie verdient unseren tiefen Respekt und hohe Anerkennung für ihre Arbeit. Die erfolgreiche Entwicklung Dresdens in den vergangenen Jahren ist fest mit ihrem Namen verbunden. Wir wünschen ihr alles erdenklich Gute für die Zukunft und freuen uns, dass sie sich auch weiterhin aktiv einbringen wird. Mit ihrer Entscheidung stellt sich für die Dresdner Union nun die Frage, wer der neue Kandidat der CDU für das Amt des Oberbürgermeisters werden soll. Ein Kandidat, der die Kompetenz für das schwere Amt mitbringt, die Unterstützung des gesamten Kreisverbandes findet und das Vertrauen der Dresdnerinnen und

Dresdner gewinnen kann. Auf Vorschlag von Helma Orosz, Jan Donhauser und mir hat sich der Kreisausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, dem Kreisverband Markus Ulbig als Kandidaten vorzuschlagen. Markus Ulbig, der als ehemaliger Oberbürgermeister von Pirna und derzeitiger Staatsminister des Innern große Erfahrung in der Kommunalpolitik mitbringt, hat sich bereit erklärt, für eine Kandidatur zur Verfügung zu stehen. In den nächsten Wochen wird er mit den Ortsverbänden und Vereinigungen ins Gespräch kommen. **Der Nominierungsparteitag für unseren Oberbürgermeisterkandidaten findet am 06. Februar 2015 statt.** Ich bin mir sicher, dass die Dresdner Union dann mit einem klaren Votum und großer Geschlossenheit in den Wahlkampf gehen wird.

Viele aktuelle Themen werden uns auf diesem Weg begleiten. Die Stadtratsfraktion um Jan Donhauser stellt sich gemeinsam mit dem Kreisverband diesen Herausforderungen. Ein zentrales Thema ist dabei die laufende Diskussion um die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern in unserer Stadt. Hier gibt es keine einfachen Antworten. Die Dresdner CDU setzt sich für einen Dialog ein, der der Verantwortung zur Unterbringung von Asylsuchenden und den berechtigten Bedenken der Bürgerschaft Rechnung trägt. In den nächsten Wochen

werden wir dazu im Kreisverband ein Positionspapier erarbeiten. Dabei sind unsere Entscheidungen auch von unseren Werten getragen. Daher bin ich sehr dankbar, dass wir einen thematischen Parteitag zu dem Thema Werte und Erinnerungskultur durchgeführt haben. Die inhaltlichen Impulse des Parteitages, welcher in Arbeitsgruppen unsere Schwerpunkte herausarbeitete, werden sie in den nächsten Tagen in einem Diskussionspapier erhalten. Die formulierten Gedanken sollen ein Impuls für eine weitergehende Diskussion sein. Ich danke insbesondere den Arbeitskreisen Erinnerungskultur und Europa für die gute Vorbereitung und weitere Begleitung des Themas.

Eine bewegte Zeit für die Dresdner Union. Umso wichtiger ist es auch einen Moment inne zu halten. Was wäre dafür ein geeigneterer Zeitpunkt als die anstehende Weihnachtszeit. Nutzen wir die Tage für etwas Ruhe und Besinnung im Kreise der Familie und Freunde. Ich wünsche ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2015.

Mit herzlichen vorweihnachtlichen Grüßen

Ihr Christian Hartmann

Die Mitarbeiter der CDU-Kreisgeschäftsstelle stehen Ihnen ab Anfang des Jahres 2015 in neuen Räumlichkeiten zur Verfügung:

Haus an der Kreuzkirche, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

Unsere Kontaktdaten ändern sich nicht:

Tel. 0351 8296622, Fax 0351 8296625, buero@cdu-dresden.de

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Dresden
Rähnitzgasse 10, 01097 Dresden
tel.: 0351 82966-22
fax: 0351 82966-25
e-mail: buero@cdu-dresden.de
web: www.cdu-dresden.de

Bankverbindung:

Ostsächsische Sparkasse Dresden
Kto-Nr.: 3 120 240 388
BLZ: 850 503 00

Redaktion:

Dietmar Haßler, Patrick Schreiber MdL,
Sandra Pohle, Carla Zschoppe,
Dr. Martin Kuhrau, Marcel Duparré

Druck:

Union Druckerei GmbH
Prießnitzstraße 39, 01099 Dresden
tel.: 0351 80002-0
fax: 0351 80002-28

Satz und Gestaltung:

Z&Z Werbeagentur
Mickner Straße 20, 01139 Dresden
tel.: 0351 85881-37
fax: 0351 85881-84
e-mail: design@zzagentur.de
web: www.zzagentur.de

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autoren verantwortlich.

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Auszug Media Daten:

Text ohne Bilder
1 Seite: max. 4800 Zeichen inkl. Leerzeichen
1/2 Seite: max. 2000 Zeichen inkl. LZ
Text mit Bildern
1 Seite: max. 3200-4300 Zeichen inkl. LZ (je nach Bildern)
1/2 Seite: max. 1550-1900 Zeichen inkl. LZ (1-2 Bilder)

Titelbild: J. Männel /ddb

Die »DRESDNER UNION« erscheint wieder im Februar 2015.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am **10.01.2015**.

Markus Ulbig kann und will die erfolgreiche Arbeit von Helma Orosz fortsetzen!

*Christian Hartmann MdL,
Kreisvorsitzender*



Vieles war in den vergangenen Wochen und Monaten in der Presse über die Zukunft unserer Oberbürgermeisterin Helma Orosz zu lesen. Stets hat sie

betont, sich im November dazu persönlich äußern zu wollen. Ihre Entscheidung hat sie Mitte November der Öffentlichkeit mitgeteilt: Helma Orosz wird ihr Amt als Oberbürgermeisterin am 28. Februar 2015 niederlegen.

An erster Stelle steht unser aller Dank an und tiefer Respekt für Helma Orosz und ihre Arbeit für unsere Stadt. Dresden ist erfolgreich und attraktiv wie nie zuvor. Diese Eigenschaften sind nicht zuletzt ein Verdienst unserer Oberbürgermeisterin, die sich stets mit Herz engagiert und ihrer eigenen Aussage nach das Amt der Oberbürgermeisterin unserer Stadt Dresden als Krönung ihrer politischen Laufbahn empfindet. Sie hat mit dieser Einstellung und ihrem Engagement als erste Bürgerin Dresdens dem Amt und unserer Stadt aber auch Glanz verliehen. Mit großem Bedauern haben wir daher den Rückzug von Helma Orosz zur Kenntnis nehmen müssen. Dennoch hat sie unser volles Verständnis für diesen Schritt. Ihre Gesundheit geht vor!

Warum der Termin Ende Februar? Helma Orosz ist es ein persönliches Anliegen, den 70. Jahrestag der Zerstörung Dresdens am 13. Februar mit zu gestalten. Das Gedenken um diesen Tag hat sie in den vergangenen Jahren stets federführend begleitet und vieles dafür getan, dass sich die Erinnerungskultur rund um diesen historischen Tag wandelt. Umso erfreulicher ist es, dass ihr dies auch im kommenden Jahr ein Anliegen bleibt.

Aufgabe der CDU Dresden ist es nun, einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters zu benennen. Unsere Oberbürgermeisterin Helma Orosz, der Vorsitzende der Stadtratsfraktion Jan Donhauser und ich halten Herrn Staatsminister Markus Ulbig für den geeigneten Kandidaten. Markus Ulbig selbst hat nicht mit einer so kurzfristigen Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters gerechnet. Umso mehr gilt ihm unser Respekt und Dank, dass er sich dieser Herausforderung stellen will. Markus Ulbig ist fachlich kompetent, erfahren und sympathisch. Als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Pirna und derzeitiger Staatsminister des Innern vereint er fundiertes kommunalpolitisches Wissen und umfassende Verwaltungserfahrung. Diese Eigenschaften und Kompetenzen machen ihn zu einem überzeugenden Kandidaten der Dresdner Union. Er verdient unsere breite Unterstützung!

Für uns ist es jetzt wichtig, geschlossen hinter ihm zu stehen und seine Kandidatur aktiv zu unterstützen. Mit seinem einstimmigen Votum hat der Kreisausschuss am 16.11.2014 dafür ein richtiges Signal gesendet. In den nächsten Wochen wird Markus Ulbig in den Ortsverbänden und Vereinigungen mit ihnen zu seinen Vorstellungen und gemeinsamen Positionen ins Gespräch kommen. Ich freue mich auf interessante Impulse aus der Mitte unserer Partei.

Liebe Mitglieder, der nächste entscheidende Schritt ist dann die Nominierung von Markus Ulbig durch unseren Kreisverband am 6. Februar 2015. Ein überzeugendes Votum unserer Partei für seine Kandidatur als Oberbürgermeister ist ein deutliches Signal in die Dresdner Bürgerschaft und eine starke Motivation für den beginnenden Wahlkampf.

Die Dresdner Union ist davon überzeugt, dass unsere Stadt nur mit einem Oberbürgermeister Markus Ulbig weiterhin erfolgreich sein wird. Mit Geschlossenheit und klaren Positionen wird es uns gelingen, das Vertrauen der Dresdnerinnen und Dresdner zu gewinnen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür in den nächsten Monaten bis zum Wahltermin am 7. Juni 2015 kämpfen. Es geht um die Zukunft unserer Stadt! ■



Markus Ulbig

Persönliches:	geboren am 1. April 1964 in Zinnwald (Sachsen), römisch-katholisch, verheiratet, vier Kinder
Bildung:	Ausbildung zum Funkmechaniker/Elektroniker, Studium der Verwaltungs- und Betriebswirtschaft an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Dresden, Abschluss als Verwaltungs- und Betriebswirt (Diplom-VWA), Berufsbegleitendes Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule Zittau/Görlitz, Abschluss als Bachelor of Arts
Berufliches:	1983-1990 Anstellung als Elektroniker/Funkmechaniker, 1990-1992 Büroleiter des Bürgermeisters der Stadt Pirna, 1992-1999 Leiter des Bauordnungs- und Bauverwaltungsamtes der Stadt Pirna, 1999-2001 Referent im Sächsischen Staatsministerium des Innern im Bereich Städtebau, 2001-2009 Oberbürgermeister der Stadt Pirna, seit 2009 Sächsischer Staatsminister des Innern
Partei und Ämter	seit 1990 Mitglied der CDU, 1994-2009 Kreisrat im Kreistag Sächsische Schweiz, 1999-2001 Stadtrat in Pirna, seit 2013 Mitglied im Kreisverband Dresden, seit 2014 Mitglied des Sächsischen Landtages



Unser Kompass für Dresden. Was treibt uns an? Was verbindet uns? Wofür stehen wir?

Ergebnisse der Arbeitsgruppen des 46. Kreisparteitages

Sebastian Kieslich



Moderatoren: Johannes Schulz und Kai Kranich

Wertekanon: Fürsorge, Kameradschaft, Gehorsam, Ordnung, Pflichtbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Zusammenhalt, Menschenwürde, Patriotismus, Frieden, Treue

- Werte sind positiv zu besetzen.
- Der Kontext von Werten ist wichtig.
- Die CDU Dresden braucht Werte bzw. eine wertegeleitete Politik.

In fünf Arbeitsgruppen haben sich die Teilnehmer des Parteitages mit Hilfe verschiedener Text-, Ton oder Bildquellen der vergangenen einhundert Jahre zum Thema „Werte“ befasst. Ziel war es, zu reflektieren, welche Werte für die Gesellschaft wichtig sind bzw. sein sollten.

Dabei konnten auch Ansatzpunkte herausgearbeitet werden, was und wie für die Politik der CDU Dresden in Blick genommen werden sollte. Geleitet wurden die Arbeitsgruppen von Moderatoren, die folgende Ergebnisse vorstellten:

1918: „Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche.“ (Wilhelm II., 26.08.1914)

Aufgabe: Der erarbeitete Wertekanon muss strukturiert mit den Mitgliedern in konkrete Projekte unteretzt werden.

Wie gehen wir in den Stadtteilen und Ortschaften mit den Denkmälern für die Toten der Weltkriege um?

1933: „Dem Rad in die Speichen greifen“ (Dietrich Bonhoeffer)

Moderator: Detlef Sittel

1. Widerstand ist differenziert zu betrachten. Neben dem klassischen Widerstandsrecht aus christlichen oder naturrechtlichen Herleitungen (Bonhoeffer, Stauffenberg, Oster), ist es heute vor allem das Recht im Rahmen geltenden Rechtes friedlich auf ei-

gene Meinungen, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

2. Es ist Aufgabe demokratischer Parteien im vorpolitischen Raum tätig zu sein und Mundfunk zu betreiben. So wird Extremismus, dem Feind der Demokratie, entschieden entgegengetreten.

3. Der Mut zur eigenen Meinung ist wichtig, auch gerade um unpopuläre Ansichten auszusprechen, die im Gegensatz zum medialen Meinungsmainstream stehen.

1945: „Ein Volk hat nur Bestand, wenn es seine Ordnung auf Gerechtigkeit gründet.“ (aus dem Dresdner Gründungsaufwurf der CVP 1945)

Moderatoren: Dr. Alexandra Stanislaw-Kemenah und Prof. Karl Mannsfeld

Der Dresdner Gründungsaufwurf der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) von 1945 ist heute noch von zentraler Bedeutung.

Aufgaben: CDU Dresden sollte den Aufruf und Gründung 1945 ins Bewusstsein rufen. Werte wie Frieden, Demut und Gleichheit haben ihre Bedeutung nicht verloren und spiegeln sich im Alltag wider, z.B. Stärkung des Gemeinsinns (Ehe/ Familie).

Die Flüchtlingspolitik muss wertegeleitet nach Barmherzigkeit und/oder Gerechtigkeit behandelt werden



Authentische Orte der Stadtgeschichte müssen bewahrt und geschaffen werden (z.B. Busmann-Kapelle, Splitter-Eiche Großer Garten, Luftschuttkeller 1945), um Bürgerinnen und Bürger (insbesondere Kinder und Jugendliche) zu bilden.

1989/90: „Mein Ziel bleibt, wenn es die geschichtliche Stunde zulässt, die Einheit der deutschen Nation“ (Helmut Kohl vor der Ruine der Frauenkirche am 19.12.1989)

Moderator: Frank Richter

Im Werteverbund „Einigkeit und Recht und Freiheit“ sollte die Freiheit an erste Stelle gerückt werden.

Aufgaben: Es muss klar zum Ausdruck kommen:

1. CDU ist die Partei der Freiheit.
2. CDU ist die Europa-Partei.
3. Die CDU muss mehr Raum bzw. Plattformen für Diskussionen geben.

4. Die CDU muss in Dresden Einigkeit zeigen (aktuell beim Asyl-Thema).
5. Bürgerentscheide sind stärker in den Blick zu nehmen.
6. CDU sollte IT-Technologien thematisieren, da sie die Freiheit insbesondere der jungen Generation bedrohen.

2014: EU-Beitritt mehrerer osteuropäischer Staaten: „Vereint in Vielfalt“

Moderator: Dr. Markus Reichel

Toleranz in Vielfalt vs. grenzenlose Toleranz und Subsidiarität.

1. Der europäische Einigungsprozess macht bisherige "Ausländer" zu Angehörigen desselben Staatenbundes, mit gleichen Rechten und Pflichten.
2. Dies erfordert von allen Toleranz für andere Gebräuche und Sitten. Durch Subsidiarität sollen diese sich auch im Leben der EU wiederfinden. Gelebte Toleranz stärkt europäische Einigung in Vielfalt.
3. Es besteht eine große Gefahr, dass die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit der steigenden Zahl an Asylbewerbern auf die Integration von Mitbürgern aus anderen EU-Ländern projiziert werden.
4. Dies müssen wir verhindern, da andernfalls die Chancen des EU-Einigungsprozesses durch falschgeleitete Intoleranz zerstört werden.
5. Gerade Dresden profitiert von seiner Lage in der Mitte der erweiterten EU. Dies

im Alltagsleben zu verdeutlichen, ist eine Aufgabe für die CDU Dresden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind nun durch den Kreisvorstand zu untersetzen. Wie Pfarrer Gregor Giele in seinem Schlussstatement hinwies, sollte eine Auflistung der Werte nicht dazu führen, allen zu folgen. Vielmehr kommt es darauf an, den Mut zu haben, sich bestimmten Werten, die zurzeit besonders wichtig sind, zu widmen und sich davon leiten zu lassen.

Für die CDU heißt das, in der Außendarstellung wertgelebtes Handeln zu betreiben. Das muss ein ständiger Prozess sein, der sich sowohl vom innerparteilichen Dialog als auch vom gegenseitigen Gesprächsaustausch im vorpolitischen Raum nährt. Jeder ist dazu herzlich eingeladen, in den Gliederungen und Gremien des CDU Kreisverbandes daran mitzuarbeiten.



Die Zahl Asylsuchender steigt stetig. Eine enorme Herausforderung für Freistaat und Kommunen.

StM Markus Ulbig



Die Prognose des Bundes für die ankommenden Asylbewerber ist allein in diesem Jahr von 160.000 (Erst- und Folge-) Antragstellern im Januar

auf derzeit über 216.000 gestiegen. Erst am 18. September 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Prognose aus dem August von 16.000 bis 18.000 Asylersantragsteller pro Monat auf 25.000 erhöht. Die Anzahl der Asylantragsteller ist damit gegenüber dem Vorjahr um mehr als 70 % angestiegen. Ungefähr 5 % dieser Asylbewerber werden dem Freistaat Sachsen nach dem sog. Königsteiner Schlüssel zugewiesen und müssen hier untergebracht werden.

Derzeit sind in der Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaates Sachsen ca. 1600 Asylbewerber untergebracht. In den Landkreisen und den Kreisfreien Städten lebten am 31. Juli 2014 8.694 Asylbewerber. Zum 31. Dezember 2012 waren es 6.751.

Die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaates wurde im letzten und in diesem Jahr mehr als verdreifacht und auf ca. 1.800 Plätze erweitert. Noch im Jahr 2012 hatte der Freistaat Sachsen 520 reguläre Unterbringungsplätze. Maßnahmen für die Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten laufen mit Hochdruck. Es ist vorgesehen, dass bis zum Jahr 2017 in einem Drei-Standorte-Konzept insgesamt 2100 Plätze, jeweils 700 an den Standorten Dresden, Chemnitz und Leipzig und 280 Notplätze) zur Verfügung stehen werden.

Die derzeitigen Kapazitäten des Freistaates Sachsen reichen aus, um alle Erstantragsteller, die in Sachsen aufzunehmen sind, durchschnittlich ca. zwei Monate unterzubringen. Der Freistaat Sachsen bringt da-

mit ungefähr ein Sechstel aller Asylersantragsteller in der eigenen Einrichtung unter. Im Bundesvergleich ist das eine sehr hohe Quote.

Die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung ist für die Asylersantragsteller gesetzlich beschränkt. Sie sind verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. So schreibt es § 47 des AsylVfG ausdrücklich vor. Sie sind jedoch bereits vor Ablauf der Sechs-Wochen-Frist aus der Einrichtung zu entlassen, wenn nicht kurzfristig über den Asylantrag entschieden werden kann. Eine regelmäßige Aufnahme von Asylantragstellern in der Erstaufnahmeeinrichtung für einen Zeitraum von drei Monaten verstößt demnach gegen geltendes Recht.

Nach ihrem Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen die Asylsuchenden durch die Landkreise und Kreisfreien Städte untergebracht werden. Die Landkreise und Kreisfreien Städte werden so zeitnah und so umfassend wie möglich über die Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch die Landesdirektion Sachsen informiert, um ihre Aufnahmekapazitäten danach ausrichten zu können. Für Dresden wird prognostiziert, dass monatlich etwa 135 Asylbewerber aufzunehmen und unterzubringen sind.

Zur Verbesserung der Unterbringungssituation hat das Sächsische Innenministerium im Frühjahr 2014 zunächst gemeinsam mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten und unter Beteiligung des Sächsischen Landkreistages und des Sächsischen Städte- und Gemeindetages ein Unterbringungs- und Kommunikationskonzept erarbeitet. Für die Unterbringung erhalten die Landkreise und Kreisfreien Städte vom Freistaat Sachsen eine Kostenerstattung in Form einer gesetzlich festgelegten Pauschale (der-

zeit 1.500 Euro pro Asylbewerber im Quartal). Die Auskömmlichkeit dieser Pauschale wurde in einem finanzwirtschaftlichen Gutachten der Uni Leipzig überprüft.

Im Ergebnis sind für eine Deckung der Kosten im Jahr 2015 7.465 Euro und im Jahr 2016 7.608 Euro pro Asylbewerber jährlich erforderlich. Zwischen den kommunalen Verbänden und der Staatsregierung wurde in den FAG-Spitzengesprächen danach eine vollständig auskömmliche Erhöhung der Kostenerstattungspauschale auf 7.600 Euro vereinbart.

In den Jahren 2013 und 2014 haben die Kommunen zusätzlich 35 Millionen Euro von der Staatsregierung erhalten, u. a. um den erhöhten Investitionsbedarf für die Unterbringung von Asylbewerbern zu unterstützen.

Neben der Erhöhung der Erstattungspauschale hat die Staatsregierung mit den Verhandlungen über den Regierungsentwurf zum Haushalt 2015/2016 eine Verbesserung der sozialen Betreuung der Asylbewerber vorgesehen. Nach einer entsprechenden Bestätigung des Haushalts durch das Parlament soll mit einer Förderrichtlinie, die im Entwurf bereits vorliegt, der Einsatz von Sozialarbeitern vom Freistaat gefördert werden, die dafür sorgen sollen, dass die Unterbringung in den Kommunen sozialverträglich gestaltet wird.

Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern ist es wichtig, die notwendigen Entscheidungen gegenüber Betroffenen vor Ort frühzeitig und transparent zu kommunizieren. Hilfe wird den Kommunen durch das genannte Kommunikationskonzept und – bei Bedarf – u. a. durch die Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Projektes „Kommune im Dialog“ gewährt. ■

Eine Stadt zwischen Pflichterfüllung und Menschlichkeit

Flüchtlinge in Dresden willkommen

Martin Seidel, Beigeordneter für Soziales der Landeshauptstadt Dresden



Dresden brennt! Nach 1945 brennt es ein zweites Mal. Zumindest wollen uns das Einige Glauben machen. Eine Woge diffuser Fremdenangst rollt in die-

sen Tagen durch die sozialen Netzwerke der Stadt. Seit die Stadtverwaltung im Oktober dem Stadtrat eine Liste mit zwölf Standorten für neue Flüchtlingsunterkünfte vorgelegt hat, vergeht kein Tag, an dem nicht dutzende Eingaben, Petitionen und Schmähbriefe im Rathaus eingehen. Das Spektrum ist breit. Es reicht von Hinweisen auf andere Standorte, über allgemeine Bedenken, Furcht, bis hin zur totalen Ablehnung des Rechtes auf Asyl. Jede Tonlage und Lautstärke wird bedient.

Natürlich steht unser Gemeinwesen nicht in Flammen. Denn die Aufnahme von zusätzlich 2 000 Flüchtlingen bis zum Jahr 2016 ist für eine Stadt mit mehr als 530 000 Einwohnern kein Wendepunkt, an dem die Stadtgesellschaft auseinander

bricht. Dafür sind die moralischen Wertvorstellungen wie Freiheit, Solidarität oder der Schutz von Menschen auf der Flucht vor Folter, Tod und Vertreibung auch viel zu stark in uns verankert. Mehr als 11 000 Dresdner setzen regelmäßig am 13. Februar mit der Menschenkette ein Zeichen für die Opfer von Krieg, Verfolgung und Völkermord. Eine solche Bürgerschaft gibt ihre Werte nicht Demagogen oder Paranoiden Preis. Schon gar nicht, weil 60, 94 oder 150 in einem Wohnheim lebende Flüchtlinge als Gefahr für den Stadtteil hoch stilisiert werden. Für uns Dresdner ist Würde - so wie derzeit eine geniale, kirchliche Initiative aufklärt - tatsächlich kein Konjunktiv!

Das direkte Gespräch mit den Menschen ist deshalb gut und wichtig. Es gibt keinen Grund davor zurück zu schrecken. Allein 13 Mal haben wir als Verwaltung im November unsere Pläne in den Ortschafts- und Ortsbeiräten öffentlich vorgestellt: Meinungs-austausch natürlich erwünscht. Bis zur Beratung der Vorschläge im Stadtrat folgten noch Diskussionen am „Runden Tisch Asyl“

und eine zentrale Bürgerversammlung in der Dreikönigskirche. Es wurde damit also ein ganzes Füllhorn an Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet.

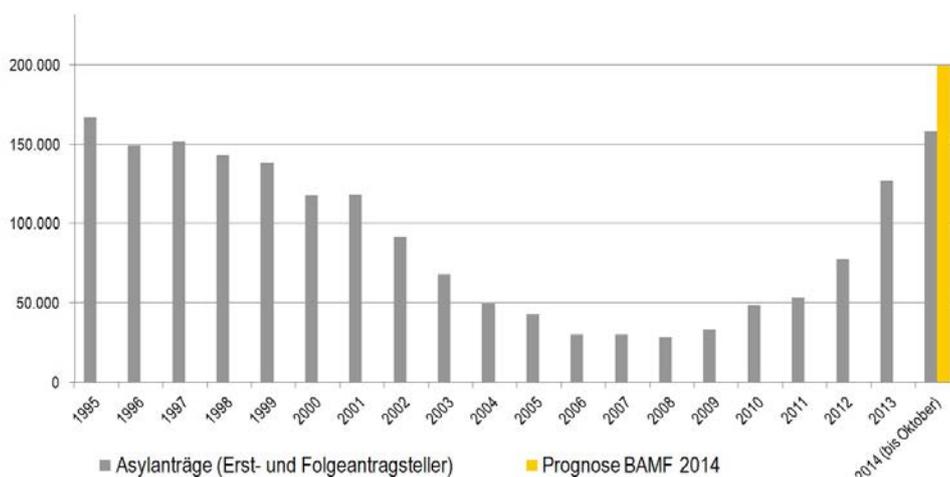
Der öffentliche Diskurs zum Thema „Asyl“ kann aber nicht von der Verwaltung allein geführt werden. Ein Amt ist in den Augen der Betroffenen schlichtweg nicht neutral. Es kann auch nicht neutral agieren. Denn es ist der verfassungsrechtliche Auftrag einer Exekutive, Asylbewerber unterzubringen. Im Kern reibt sich die in der Stadt geführte Diskussion eher an unseren Wertevorstellungen. Ist der Mensch ein Mensch? Egal woher er kommt und warum, so wie es Herbert Grönemeyer in seinem Lied „Mensch“ besingt? Für diesen Diskurs indessen sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefragt, also Parteien, Kirchen oder auch Gewerkschaften. Die Zeit ist reif, den Gesprächsfaden mit der Bürgerschaft aufzunehmen. Denn Dresden brennt nicht, Dresden lebt!

Lassen Sie uns dabei allerdings das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren: Die Integration der Flüchtlinge in unsere Stadtgesellschaft! Akzeptanz vor Ort lebt

weniger von den Versicherungen der Politik, als von realen Erfahrungen. Hier wirken Taten mehr als Worte! Nach unseren Erfahrungen liegt der Schlüssel dabei vor allem in der sozialen Arbeit. Ohne die von der Stadt finanzierten 12 Sozialarbeiter würde schon heute das gesamte Unterbringungssystem in Dresden kollabieren. Die Sozialarbeiter betreuen Flüchtlinge, knüpfen Netzwerke und stehen auch im Wohnumfeld als Mittler zur Verfügung. Nur überdehnt es die fachlichen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt, die Aufgabe ohne Unterstützung des Landes zu schultern. Hier brauchen wir schnellstens klare, unterstützende Signale des Freistaates!

Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen in Deutschland

Stand: Oktober 2014, Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Asyldiskussion angesichts „Pegida“

Betrachtungen zur Diskussion im Kreisausschuss

Dr. Maximilian Krahl

Kein anderes kommunalpolitisches Thema erhitzt derzeit die Gemüter so stark wie die Unterbringung der zahlreichen nach Deutschland und damit auch nach Dresden kommenden Asylbewerber. Der Kreisausschuss befasste sich unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Christian Hartmann am 1. Dezember mit dem Thema. Anwesend waren auch Innenminister Markus Ulbig und Sozialbürgermeister Martin Seidel.

Innenminister Ulbig stellte die Herausforderungen auf Bundes- wie Landesebene dar. Die Zahl der Asylanträge hat sich im Vergleich zum bereits sehr hohen Wert von 2013 nochmals um 55% erhöht. Sachsen erhält Zuweisungen entsprechend eines Verteilungsschlüssels für alle Bundesländer. Die größten Gruppen sind Syrer, Tunesier sowie Bewerber aus Russland, zumeist Tschetschenen. Während die Anerkennung bei Syrern und Irakern wegen des dortigen Bürgerkrieges sehr hoch ist – fast alle dürfen bleiben – ist sie bei Tunesiern, die überproportional häufig nach Sachsen zugewiesen werden, sehr gering. Insbesondere mit Tunesiern, fast ausschließlich alleinreisende junge Männer, gebe es Probleme. Die durchschnittliche Anerkennungsquote für alle Bewerber liegt bei knapp 30 Prozent, wird sich aber absehbar erhöhen, wenn Bewerber aus sicheren Herkunftsländern gleich abgewiesen werden können.

Die CDU Dresden sieht die Bundespolitik gefordert, schnell Länder wie Tunesien als sichere Herkunftsländer zu benennen, damit über die Asylanträge vereinfacht entschieden werden kann. Dies ist nunmehr für Serbien und andere Balkanländer erfolgt, gleichwohl dauern die Verfahren immer noch durchschnittlich drei Monate. Wir wollen wirklich von Verfolgung und Krieg betroffenen Menschen helfen, aber das setzt voraus, dass Unberechtigte schnell abgewiesen werden.

Die Stadt ist in der Pflicht, die Asylanten unterzubringen. Bürgermeister Seidel er-

läuterte sein Konzept einer dezentralen Unterbringung. Er bevorzugt die Anmietung von Wohnungen, zumeist un- oder teilsanierte „Platte“, für die Asylbewerber. Zudem bedarf es Heime, wobei er eine Quote von 40:60 anstrebt.

Der Kreisausschuss hat sich mit den nunmehr von der Stadtverwaltung ins Auge gefassten Heimstandorten auseinandergesetzt. Moniert wurde generell eine unzureichende Bürgerbeteiligung sowie die Intransparenz des Verfahrens. Die Kriterien, nach denen einzelne Standorte ausgewählt, andere verworfen wurden, sind teilweise widersprüchlich. Bis heute liegen auch für die ausgewählten Standorte keine Betreiberverträge vor, folglich gibt es auch kein Betreiberkonzept. Auch sind das Sicherheitskonzept und die Partnerschaft mit den Vereinen vor Ort, aber auch der Polizei, nicht geklärt. Bürgermeister Seidel verwies hier auf den enormen Zeitdruck, unter dem die Stadt steht, und erläuterte, dass die Konzepte weitgehend identisch seien, weil es Vorgaben für die Betreiber gebe. Zudem seien Sozialarbeiterstellen eingeplant.

Der Kreisausschuss hat sich schließlich die von der Stadtverwaltung vorgesehenen Heimstandorte einzeln angesehen. Für vier Standortvorschläge wurde die Ratsfraktion aufgefordert, die Bedenken zu prüfen, und sich eine Ablehnung durch die CDU vorbehalten.

Das sind folgende geplante Sammelunterkünfte:

1) Pirnaer Landstraße: Das geplante Heim befindet sich unmittelbar neben der Förderschule. In anderen Stadtteilen wurden Standorte von der Verwaltung wegen der Nähe zu einer Schule abgelehnt. Hier handelt es sich um eine Schule für besonders gefährdete und schutzbedürftige Kinder, so dass wir gegen diesen Standort erhebliche Bedenken erheben.

2) Tharandter Straße: Dieser geplante Standort befindet sich unmittelbar neben einem Jugendhaus, das ebenfalls von schutzbedürftigen Jugendlichen frequentiert wird.

3) Hotel Prinz Eugen, Laubegast: Hier soll ein funktionierender Hotelbetrieb eingestellt werden, der auch für den Tourismus wichtig ist. Das Gebäude bietet Platz für deutlich mehr als die derzeit 95 vorgesehenen Asylanten, so dass realistisch von einer Belegung mit 130 – 150 Bewohnern mitten im Wohngebiet auszugehen ist, was zu einer ernsthaften Gefahr für die Nachbarschaft in Laubegast wird. Es besteht bereits eine Bürgerinitiative, die Stimmung in Laubegast ist aufgeladen.

4) Nordic Hotel, Pappritz: Hier ist es ähnlich wie in Laubegast. Die Umwandlung in eine Asylunterkunft erfolgt gegen den erklärten Willen der Nachbarschaft und schadet dem Tourismus.

Zeitgleich zur Diskussion im Kreisausschuss demonstrierten 7.500 Dresdnerinnen und Dresdner bei „Pegida“ sowie 1.200 linke Gegendemonstranten, darunter etwa 300 gewaltbereite Autonome. Die Brisanz des Themas muss uns allen bewusst sein. Die CDU steht zur Verantwortung für Opfer von Krieg und Verfolgung, aber weiß, dass unter den Asylbewerbern auch schwarze Schafe sind und nach wie vor viele ohne Grund Asyl beantragen. Heimstandorte dürfen nicht gegen die Menschen vor Ort durchgedrückt werden, weil eine Integration nur mit den Nachbarn gelingen kann. Deshalb will der Kreisausschuss die vier Standorte, die besonders problematisch sind, einer nochmaligen Prüfung unterziehen. Die Stadtverwaltung soll Alternativen prüfen, denn die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sind uns wichtig. ■



Bundeskulturstaatsministerin Grütters zu Besuch in Dresden

Michael Heidrich,
Referent Büro Arnold Vaatz MdB

Am 17. November war Professor Monika Grütters MdB, Staatsministerin für Kultur und Medien, zu Gast in Dresden. Die beiden Bundestagsabgeordneten Andreas Lämmel und Arnold Vaatz begleiteten Sie bei Ihrer Tour auf den Spuren und Zeugnissen der Moderne in der sächsischen Landeshauptstadt. Zuerst empfing Fritz Straub, geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Werkstätten Hellerau, die Ministerin im neuen Unternehmensgebäude. 1992 hatte er den Betrieb von der Treuhand übernommen. Er sieht seine Firma in der Tradition des Unternehmensgründers Karl Schmidt, der mit der Reformsiedlung Hellerau die erste deutsche Gartenstadt errichtete. Heute ist der Innenausbau von Räumen das Kerngeschäft des Unternehmens, insbesondere die Einrichtung von Villen und Yachten. Er gab uns plastische Einblicke in das Können seiner Mitarbeiter und das enorme unternehmerische Risiko, das hierbei stets zu berücksichtigen ist.

Danach ging es ins nahe gelegene Festspielhaus Hellerau, 1911 von Heinrich Tessenow im Stil deutscher Reformarchitektur erbaut. Dieter Jaenicke, Intendant von HELLERAU - Europäisches Zentrum der Künste Dresden führte durch das Festspielhaus. Die Macher der aktuellen Ausstellung CYNERTART, ein internationales Festival für computergestützte Kunst, präsentierten ihre Experimentalinstallationen: Papageien, die auf allerlei Weise zum Musizieren animiert werden, davon aber eher unbeeindruckt bleiben; Ameisen, die sich in Glasröhren organisieren oder eine im Großen Saal des Festspielhauses entwickelte Halbkugel mit einer ganzräumigen 360°-Rundum-Projektionsumgebung, in der man sich aufhalten und verschiedene computerprojizierte Räume erleben kann. Anschließend wurden die Abgeordneten im Deutschen Hygiene-Museum erwartet, das nach der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 auf Betreiben des erfolgreichen Odol-Fabrikanten Karl August

Lingner begründet wurden war. Museumsdirektor Professor Klaus Vogel erläuterte die Dauerausstellung und präsentierte die neue Sonderschau „Blicke! Körper! Sensationen!“. Diese zeigt ein anatomisches Wackskabinett, welches um 1900 in Dresden entstand. Die Modelle menschlicher Körper wurden ein Jahrhundert lang auf Jahrmärkten von Schaustellern zur Gesundheitsaufklärung und Volksbelustigung eingesetzt. Durch Zufall stieß eine Dresdner Journalistin 2007 auf die Modelle bei finnischen Schaustellern. Bis zum 19. April



2015 können Sie sich von der Ausstellung selbst ein Bild machen. Das Festspielhaus Hellerau und das Deutsche Hygiene-Museum werden immer wieder aus den Kultur- und Denkmalschutzprogrammen des Bundes gefördert. Der Bund würdigt damit die Dresdner Reformarchitektur verbunden mit dem Menschenbild der Moderne als

nationales Kulturerbe von europäischem Rang. Am Abend unterstrich Staatsministerin Grütters diese Wertschätzung für Dresden beim FORUM TIBERIUS mit ihrer Rede zum Thema „Die Kultur als Modus unseres Zusammenlebens - Herausforderungen für Politik und Gesellschaft“.

arnold.vaatz.ma02@bundestag.de ■



Neues aus dem Parlament

Maßnahmenpaket zur europäischen Bankenunion - Keine Steuergelder mehr für die Rettung von Banken

Mit der Europäischen Bankenunion werden Europa und die Eurozone robuster und zukunftsfähiger. Anfang November startete der einheitliche europäische Aufsichtsmechanismus unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB). In Deutschland werden nun 21 Institute direkt von der EZB beaufsichtigt, während die Überwachung aller weiteren Banken in erster Linie durch die nationale Aufsicht erfolgt.

Der einheitlichen europäischen Bankenaufsicht wird ein einheitlicher europäischer Abwicklungsmechanismus für in Schieflage geratene Banken zur Seite gestellt. Künftig wird es eine klare Haftungsreihenfolge bei der Sanierung und Abwicklung von notleidenden Banken geben:

An erster Stelle der Haftungsreihenfolge stehen die Eigentümer und Fremdkapitalgeber, die mindestens acht Prozent der Bilanzsumme der abzuwickelnden Bank besteuern müssen („Bail-In“). Wichtig ist: Einlagen bis 100.000 Euro unterliegen der Einlagensicherung und sind vom Bail-In ausgeschlossen. Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen erreicht, dass die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Volksbanken weiterhin Bestand haben werden.

Die zweite Haftungsstufe sieht vor, dass auf Mittel des Einheitlichen Restrukturierungsfonds (SRF) zurückgegriffen wird. Dieser wird von den europäischen Banken aus eigenen Mitteln über acht Jahre aufgebaut.

Zielwert ist ein Prozent der gesicherten Einlagen des europäischen Bankensystems. An dritter Stelle der Haftungskaskade wird der Mitgliedstaat in die Verantwortung gezogen. Übersteigt die notwendige Hilfeleistung die finanziellen Möglichkeiten des Mitgliedstaates, kann er einen Antrag auf eine (mit strikter Konditionalität verbundene, rückzahlende) Finanzhilfe beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen.

Die letzte Stufe der Haftungskaskade betrifft das neu zu schaffende Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM. Dies ermöglicht dem ESM, Finanzhilfen auf Antrag eines Mitgliedsstaates direkt an Finanzinstitute auszugeben. Es gilt jedoch: keine direkte Bankenrekapitalisierung ohne vorheriges „Bail-In“.

Elterngeld plus kommt - Mehr Zeit für Familien und mehr Flexibilität für Eltern

Mit der Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) wird ein wichtiges familienpolitisches Ziel des Koalitionsvertrages umgesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Einführung eines Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus sowie die Flexibilisierung der Elternzeit vor. Mit dem Elterngeld Plus ist es zukünftig für Teilzeit arbeitende Eltern möglich, das Elterngeld Plus doppelt so lange zu erhalten: ein Elterngeld-Monat wird zu zwei Elterngeld Plus-Monaten. Damit lohnt sich für die Eltern nun auch eine frühe Teilzeit.

Ergänzend gibt es einen Partnerschaftsbonus: Teilen sich Vater und Mutter die Betreuung ihres Kindes und arbeiten parallel

für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie jeweils zusätzlich für vier Monate Elterngeld Plus. Dem Prinzip „Mehr Zeit für Familie“ folgt eine Flexibilisierung der Elternzeit. Künftig können Eltern 24 Monate der Elternzeit, anstelle von bisher zwölf Monaten, zwischen dem dritten und achten Geburtstag ihres Kindes beanspruchen – ohne Zustimmung des Arbeitgebers. Sie können so leichter den Bedürfnissen ihres Kindes oder der Familie gerecht werden. Durch eine längere Anmeldefrist von 13 Wochen für die spätere Elternzeitnutzung sollen Arbeitgeber mehr Zeit erhalten, um sich auf eine bevorstehende Elternzeit einzustellen.

Dies mag aus Sicht der Arbeitnehmer gut und richtig sein, Arbeitgeber stellt es jedoch insbesondere in kleineren Unternehmen vor noch nicht absehbare Herausforderungen. Denn Fachkräfte kurzfristig zu



Mario Schmidt,
Referent Büro Andreas Lämmel MdB

ersetzen, wird künftig sicher noch schwieriger werden als derzeit schon.

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf - Mehr Unterstützung für die Pflege

In Deutschland sind rund 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig. Rund 1,85 Millionen werden ambulant versorgt, rund 1,23 Millionen ausschließlich durch Angehörige. Die Koalition hat nun das „Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ vorgelegt, welcher aus drei Säulen besteht.

10-tägige Auszeit im Akutfall mit Lohnersatzleistung: Beschäftigte, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, können eine sog. kurzzeitige Arbeitsverhinderung von bis zu

zehn Arbeitstagen geltend machen. Diese wird mit einem Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld verbunden.

Sechs Monate Pflegezeit mit zinslosem Darlehen: Beschäftigte, die sich nach dem Pflegezeitgesetz für eine bis zu sechsmonatige teilweise oder vollständige Freistellung entscheiden, haben künftig einen Anspruch auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen. Dieses Darlehen zur besseren Absicherung des Lebensunterhalts können sie direkt beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) erhalten.

Familienpflegezeit mit zinslosem Darlehen und Rechtsanspruch: Den Anspruch auf ein zinsloses Darlehen haben auch diejenigen Beschäftigten, die eine Freistellung nach dem Familienpflegezeitgesetz in An-

spruch nehmen. Neu ist die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit. Neben der Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung wird auch die Betreuung eines minderjährigen pflegebedürftigen Kindes in einer außerhäuslichen Einrichtung einbezogen. Auch die Begleitung von nahen Angehörigen in ihrer letzten Lebensphase wird in den geänderten Regelungen berücksichtigt (bis zu drei Monaten). Schließlich wird der Begriff der „nahen Angehörigen“ erweitert. All das sind wichtige Schritte zu einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Jedoch gilt es auch hier, auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen auch der Unternehmen zu achten. Denn Arbeitnehmer, die ihren Rechtsanspruch auf Pflegezeit in Anspruch nehmen, fehlen als Arbeitskräfte in den Unternehmen.

arnold.vaatz.ma02@bundestag.de ■

Sachsen mit den Dresdner Abgeordneten Markus Ulbig MdL und Christian Piwarz MdL gut vertreten

Bundesausschuss Innenpolitik hat sich konstituiert

Pressestelle CDU Deutschlands

Der Bundesausschuss Innenpolitik der CDU Deutschlands hat sich unter der Leitung von CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der Hessische Minister für Inneres und Sport, Peter Beuth, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind der Innenminister des Freistaates Sachsen, Markus Ulbig, sowie die Bundestagsabgeordnete Nina Warken aus Baden-Württemberg.

Dem rund 50-köpfigen Gremium gehören Vertreter der Landesverbände und der Vereinigungen der CDU an. Aufgabe des Bundesausschusses ist es, Positionen auf dem Feld der Innenpolitik auszuarbeiten. Dabei stehen vor allem Fragen der inneren Sicherheit, von der konsequenten Kriminalitätsbekämpfung vor Ort bis hin zum Kampf gegen Radikalisierung und terroristische Gewalt, wie auch Fragen im Bereich der Asylpolitik im Mittelpunkt.

Dazu erklärte der neue Vorsitzende: „Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland müssen sicher leben können – und das zu

jeder Zeit und an jedem Ort in unserem Land. Den unterschiedlichen Gefahren, zum Beispiel durch den islamistischen Terrorismus, durch grenzübergreifend operierende Einbrecherbanden oder durch Angriffe im Cyberraum müssen wir mit allen Mitteln konsequent entgegentreten. Hierzu ist die Intensivierung bereits vieler guter auf den Weg gebrachter Maßnahmen erforderlich, jedoch müssen wir auch der sich stetig verändernden Sicherheitslage mit neuen Ansätzen begegnen.“ Der neue Vorsitzende machte deutlich, dass die Politik der CDU dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann.

„Insbesondere müssen wir unser Land derzeit vor den dschihadistisch motivierten Männern und Frauen schützen, die sich dazu entschließen, die barbarischen Taten des IS zu unterstützen. Ich halte hier als ein weiteres geeignetes Mittel den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit für geboten. Diese Maßnahme muss bei Deutschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten, die sich an terroristischen Aktionen beteiligen, schleunigst angewendet werden“, betonte

der Vorsitzende des Bundesausschusses. Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war der Schutz der Polizei vor gewalttätigen Übergriffen: „Wer die Polizei angreift, greift unseren Rechtsstaat an“, erklärte Minister Peter Beuth. ■

EMV DRESDEN
IMMOBILIEN
TREUHAND
GESELLSCHAFT mbH

**Vermietung · Verwaltung
Immobilienmanagement**

Kein Risiko bei der Verwaltung
Ihrer Immobilie!

Bauen Sie auf Leistungsstärke,
umfassenden Service
und Kompetenz aus Erfahrung.

24h HAVARIEDIENST
Telefon: 0351 / 207 40 99

EMV Dresden Immobilien-Treuhandgesellschaft mbH
Niedersedlitzer Platz 7 · 01259 Dresden
Telefon: 0351 / 207 40-0 · Telefax: 0351 / 207 40-81
E-Mail: info@emvdresden.de
Homepage: www.emvdresden.de

CDU und SPD regieren den Freistaat Sachsen

Ein Einblick in die Koalitionsverhandlungen

Christian Piwarz MdL



Kann man mit Sozialdemokraten, die mit Maximalforderungen in den Wahlkampf gezogen sind, einen Koalitionsvertrag verhandeln? Nicht wenige in der Union sahen nach der Verweigerung der Grünen die Aufgabe sehr skeptisch. Nun liegen vier arbeitsintensive Wochen hinter uns. Die intensiven Beratungen in den Arbeitsgruppen und der „großen“ Verhandlungsrunde haben nicht nur einen guten Koalitionsvertrag zum Ergebnis gehabt, sondern auch die Erkenntnis gebracht, dass ein Verhandeln mit Augenmaß und in Ansehung der finanziellen Spielräume bis 2019 möglich ist. Auch wenn die Gespräche teilweise in der Sache hart geführt wurden, so waren sie immer vom fairen Miteinander und vom Willen beider Seiten zum vernünftigen Kompromiss geprägt. Der Koalitionsvertrag formuliert auf 110 Seiten die Grundzüge der gemeinsamen Politik von CDU und SPD für die kommen-

den fünf Jahre: Eine Qualitätsverbesserung in den sächsischen Kitas durch die schrittweise Absenkung des Betreuungsschlüssels. 6.100 neue Lehrerinnen und Lehrer bis 2019 (im gleichen Zeitraum gehen 5.100 Lehrer in den Ruhestand) und mehr Personal für die sächsische Polizei mit jährlich 400 Neueinstellungen (statt bisher 300). Dazu ein Bekenntnis zu einer langfristigen Hochschulfinanzierung, bei der die Hochschulen ihr Profil schärfen sollen und im Gegenzug Stellenstreichungen ausgesetzt werden. Einige Punkte davon fanden sich bereits auch in zentralen Wahlaussagen der Union wieder und werden nun umgesetzt. Weitere wichtige Punkte der CDU wurden festgeschrieben: Zur Stärkung des sächsischen Mittelstands wurde die Einrichtung eines Fusionsfonds vereinbart. Außerdem wird sich Sachsen weiter gegen eine Aushöhlung des Meisterbriefs einsetzen, den Zugang von Handwerksunternehmen zu Technologie- und Innovationsförderprogrammen erleichtern und den Wissenstransfer zwischen den sächsischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken. Erwartungsgemäß schwieriger gestaltete sich das Austarieren der unterschiedlichen Vorstellungen und Wahlversprechen im gesamten Bildungsbereich. Wie viele Lehrer werden tatsächlich gebraucht, wie lange sollten

Schüler gemeinsam lernen und soll die Gemeinschaftsschule das Gymnasium ersetzen? Diese Fragen waren einige der letzten „auf rot“ gestellten Punkte, die wir in der abschließenden „großen“ Koalitionsrunde zu verhandeln hatten. Dabei war für uns klar: Die hervorragenden Bildungsergebnisse sächsischer Schüler sind auch auf die Stabilität im Bildungswesen zurückzuführen. Deshalb haben und werden wir hier keine Veränderungen zulassen.

Am Ende der harten Verhandlungen steht ein Koalitionsvertrag, in dem sich beide Partner wiederfinden. Er stellt eine gute Mischung aus dem von Ministerpräsident Stanislaw Tillich zitierten Zweiklang aus Kontinuität und Dynamik für Sachsens Entwicklung in den kommenden fünf Jahren. Wichtig sind aber auch die Erkenntnisse im menschlichen Bereich: Mit den Sozialdemokraten kann man einen solchen Vertrag verhandeln, der zwar Wünsche realisiert, dabei aber immer das Machbare im Blick behält. Die anfängliche Skepsis ist bei Vielen einem Gefühl gewichen, dass wir auf der Grundlage von Vertrauen und Fairness fünf Jahre erfolgreich in der Regierung gestalten können. Ich hoffe und wünsche, dass uns diese Erkenntnis in schwierigeren Phasen der Koalition – die unzweifelhaft kommen werden – weiterhelfen wird. ■



Sportschule braucht Sporthalle – Punkt!

Patrick Schreiber MdL

Mehr Lehrer braucht das Land! Das war eine der plakativen Forderungen im Landtagswahlkampf 2014. In den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD spielte dieses Thema eine entscheidende, um nicht zu sagen, eine strittige Rolle. Angesichts des Generationswechsels in den Lehrerzimmern und den wieder steigenden Schülerzahlen – ausschließlich in den großen Städten wie Dresden und Leipzig – ist es wichtig und nötig, jeden ausscheidenden Lehrer adäquat zu ersetzen. Doch dafür muss man auch bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen. Das jedoch nicht nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern ganz gezielt. Ich denke, auch das dürfte eine Lehre für die SPD aus den Koalitionsverhandlungen gewesen sein. Zu „guter Schule“ gehören aber nicht nur Köpfe, also Schüler und Lehrer, sondern auch die entsprechenden Immobilien. Dass wir in Dresden nach wie vor einen Investitionsstau im Bereich des Schulhausbaus haben, liegt bspw. auch an langwierigen und aufwendigen Bauverfahren. Zudem hat sich die Lage innerhalb weniger Jahre um 180 Grad gedreht. Denn: Mussten in den neunziger Jahren noch Schulen aufgrund des Schülerrückgangs geschlossen werden, so benötigen wir heute – bspw. durch vermehrten Zuzug – mehr Kapazitäten in Größenordnungen. Aus meiner Sicht ist es aber trotzdem richtig gewesen, dass man die Schulen nicht „am Netz“ beließ und damit Betriebskosten über Jahre im wahrsten Sinne des Wortes verheizt hat. Für steigende Schulqualität wurde an vielen Stellen – so beispielsweise

am Marie-Curie-Gymnasium oder an der größten Schule der Stadt, dem Gymnasium Bürgerwiese – neu investiert und gebaut. Dass Sanierungen günstiger als Neubauten sind, dürfte jedem längst als Ammenmärchen bekannt sein. In Dresden haben wir bis jetzt „im Land der Glückseligen“ gelebt. Die Stadtkasse war bisher unbelastet, die Stadt durch den Verkauf der städtischen Wohnungsgenossenschaft WOBA schuldenfrei. Damit gab es viele Möglichkeiten zu investieren. Wie notwendig und zeitlich drängend diese Investitionen waren, lässt sich am Beispiel des Kindertagesstätten-Bedarfs gut nachvollziehen. Innerhalb kürzester Zeit und mit dem Stichtag eines Rechtsanspruches im Nacken ist es gelungen, den Bedarf sicher zu stellen. Das ist auch dem guten und umsichtigen Verwaltungshandeln um Sozialbürgermeister Martin Seidel zu verdanken. Im gleichen Atemzug hat man sich aber auch entschieden, mit dem Kulturkraftwerk und dem Umbau des Kulturpalastes zwei große (kostspielige) Kulturprojekte zu realisieren. Schon damals habe ich darauf hingewiesen, wenn beide Projekte gleichzeitig angepackt werden und wir immer wieder erleben, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, dann muss das zusätzliche Geld an anderer Stelle eingespart werden. Das Ende vom Lied kennen wir...

Nun tritt am Beispiel der Sporthalle für die 10. Grundschule genau dieses Dilemma offen zutage. Denn die Stadt kann scheinbar infolge dieser höheren Aufwendungen ursprünglich geplante Projekte, die aber

Pflichtaufgabe einer Kommune sind, nicht (pünktlich) umsetzen. Die Folgen, wie das Beispiel 10. Grundschule auf der Struvestraße beweist, sind jedoch gravierend! Die Planungen der Stadtverwaltung sehen aus Kostengründen vor, dass der Bau der geplanten Turnhalle verschoben werden muss. Bis 2019 soll sich dort erst einmal nichts bewegen. Angesichts des sportlichen Schulprofils der 10. Grundschule ist dies aber völlig unverständlich! Eine Sportschule ohne Sporthalle – so berichten auch Dresdner Tageszeitungen – dürfte deutschlandweit einmalig sein. Auch die vermeintliche Lösung des Problems ist aufgrund der vorliegenden Zahlen und Fakten keine wirkliche Alternative. Die Schüler sollen weiterhin die Sporthalle des umliegenden Gymnasiums Bürgerwiese nutzen. Aber auch das wächst weiter. Zum Schuljahr 2018/2019 soll das sechszügige Gymnasium seine Kapazitätsgrenzen erreicht haben. Damit ist dann auch dort in der Sporthalle kein Platz mehr für die Sportgrundschüler. Wohin also?

Die Basis für erfolgreiche Schüler und Sportler, welche an den Dresdner Sportschulen im Ostragehege dann ihren schulischen und sportlichen Weg optimal fortsetzen können, wird vor allem auch an der 10. Grundschule gelegt. Momentan allerdings unter keinen guten Bedingungen. Der Übergang von Grundschule zu Sekundarstufe I ist ohnehin ein großer Sprung für jedes Kind. Aber wie sollen die zukünftigen Sportüberschüler bzw. Sportgymnasiasten denn die zusätzlichen sportschulischen Herausforderungen, wie den dann anstehenden Profilsportunterricht meistern, mit aktuell nur einer wirklichen Sportstunde in der Woche?

Aus diesem Grund fordere ich die Stadträtinnen und Stadträte auf, die Baukosten in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die geplante Sporthalle in den kommenden Doppelhaushalt 2015/2016 wieder aufzunehmen! Damit ich mich als Landtagsabgeordneter beim Freistaat für eventuelle Fördermittel einsetzen kann, muss die Stadt – allen voran die neue rot-rot-grüne Mehrheit im Stadtrat – aber erst einmal dazu bereit sein, ihren Anteil zum Turnhallenbau beizutragen. ■



Triste Aussichten: Auf diesem Parkplatz vor dem Schulgebäude sollte die Einfeld-Sporthalle entstehen.

Keine Alternative?! Ein Kommentar zur Alternative für Deutschland

Martin Modschiedler MdL



Die Alternative für Deutschland ist in Sachsen und Dresden angekommen. Stimmt das? Nicht ganz! Die AfD ist in den Landtag und Stadtrat eingezogen, ja. Sie wurde in den Landtag und den Stadtrat gewählt und inzwischen haben die Abgeordneten die ihnen zustehenden Räumlichkeiten bezogen. Aber „angekommen“ ist die Partei noch nicht. Wie sich die „Frischlinge“ im parlamentarischen Alltag platzieren, sich arrangieren und engagieren, wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen: wenn die Alternative ihren Wählerinnen und Wählern beweisen muss, dass sie tatsächlich eine Alternative darstellen

könnte und nicht bloß plakative Slogans unter Volk gebracht, nicht lediglich patriotische, konservative und eurokritische Themen besetzt hat. Wenn es darum geht, sich den tatsächlichen Sorgen, den tagtäglichen Bedürfnissen der Menschen im Freistaat und in Dresden zu widmen und Forderungen und Vorstellungen durchzusetzen, muss ein Volksvertreter, muss eine Partei sachorientiert und konstruktiv arbeiten.

Die CDU kann all das bieten: ohne effekt-haschende Parolen. Ohne die Öffentlichkeit irritierende, innerparteiliche Querelen. Das muss und wird die CDU in Dresden, in Sachsen beweisen: wir stehen für Tradition, christliche Werte, Heimat genauso wie für Toleranz, Fortschritt, Europa. Das sind unsere Themen, die es gilt, auch weiterhin zu transportieren. Die AfD auszugrenzen, wäre

dabei aber der falsche Weg! Wir müssen wieder besser auf die Ängste und Nöte der Bevölkerung eingehen.

Wir müssen Wege und Lösungen finden, damit eben nicht auf vermeintliche „Alternativen“ zurückgegriffen werden muss. Diese Lösungen können sich auch aus der aktiven Auseinandersetzung mit den Oppositionsparteien, also auch mit der AfD, ergeben.

Sollte die AfD tatsächlich inhaltliche Vorschläge präsentieren – ganz aktuell zur Zuwanderung und Asylpolitik aber auch grundsätzlich zur Europapolitik, so sollten wir uns dem nicht versperren, sondern mit unseren eigenen Lösungsansätzen abgleichen. Daraus folgend ergibt sich unsere Politik. Dann brauchen wir keine Alternativen.

martin.modschiedler@slt.sachsen.de ■

Bürgersprechstunden der Landtagsabgeordneten:

Aline Fiedler MdL	09.12., 16.00 – 18.00 Uhr, 20.01., 16.00 – 18.00 Uhr,	Bürgerbüro, Chemnitzer Straße 115	0351 4667750 wahlkreis@aline-fiedler.de
Christian Hartmann MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935532 christian.hartmann@slt.sachsen.de
Martin Modschiedler MdL	03.12., 16.00 – 18.00 Uhr, 07.01., 16.00 – 18.00 Uhr	Wahlkreisbüro, Bergmannstraße 7	0351 43837348 tw@martin-modschiedler.de
Christian Piwarz MdL	10.12., 16.00 – 17.30 Uhr, 14.01., 16.00 – 18.00 Uhr	OA Leuben, Hertzstraße 23 OA Loschwitz, Grundstraße 3	0351 4935520 christian.piwarz@slt.sachsen.de
Lars Rohwer MdL	15.01., 15.30 – 17.30 Uhr	Bürgerbüro, Kesselsdorfer Str. 55	0351 4935594 l@rs-rohwer.de
Markus Ulbig MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935530 markus.ulbig@slt.sachsen.de
Patrick Schreiber MdL	10.12., 16.00 – 18.00 Uhr, 04.02., 16.00 – 18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Antonstraße 15	0351 81040-01 buero@schreiber-patrick.de

Um Anmeldung für die jeweiligen Sprechstunden wird telefonisch oder per Mail gebeten. Weitere Termine sind nach Absprache möglich.



Auszüge der Rede des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zur Kundgebung vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben jungen Freunde, liebe Landsleute!

Zunächst darf ich mich bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken für dieses freundliche und freundschaftliche Willkommen. ...

Das erste, was ich Ihnen allen zurufen will, ist ein herzlicher Gruß all Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Bundesrepublik Deutschland.

Das zweite, was ich sagen möchte, ist ein Wort der Anerkennung und der Bewunderung für diese friedliche Revolution in der DDR. Wir erleben, daß eine solche Umwälzung sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte so gewaltlos, mit so großem Ernst und im Geist der Solidarität vollzieht. Dafür danke ich Ihnen allen sehr herzlich. Es ist eine Demonstration für Demokratie, für Frieden, für Freiheit und für die Selbstbestimmung unseres Volkes. Und Selbstbestimmung heißt für uns – auch in der Bundesrepublik –, daß wir Ihre Meinung respektieren. Wir wollen und wir werden niemanden bevormunden. Wir respektieren das, was Sie entscheiden für die Zukunft des Landes. ...

Liebe Freunde, Sie werden im kommenden Jahr freie Wahlen haben. Sie werden frei entscheiden, wer, mit Ihrem Vertrauen versehen, im Parlament sitzt. Sie werden eine frei gewählte Regierung haben. Und

dann ist der Zeitpunkt gekommen für das, was ich „konföderative Strukturen“ genannt habe – das heißt: gemeinsame Regierendausschüsse, gemeinsame Parlamentsausschüsse –, damit wir mit möglichst viel Gemeinsamkeit in Deutschland leben können. Und auch das lassen Sie mich hier auf diesem traditionsreichen Platz sagen: Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt – die Einheit unserer Nation. ...

Natürlich wollen wir unsere Interessen als Deutsche vertreten. Wir sagen „Ja“ zum Selbstbestimmungsrecht, das allen Völkern dieser Erde zusteht – auch den Deutschen. Aber wenn wir dieses Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen verwirklichen wollen, dann dürfen wir auch die Sicherheitsbedürfnisse der anderen nicht außer acht lassen. Wir wollen eine Welt, in der es mehr Frieden und mehr Freiheit gibt, die mehr miteinander und nicht mehr gegeneinander kennt. Das „Haus Deutschland“ – unser gemeinsames Haus – muß unter einem europäischen Dach gebaut werden. Das muß das Ziel unserer Politik sein.

Hier vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden, am Mahnmal für die Toten von Dresden, habe ich gerade ein Blumengebilde niedergelegt – auch in der Erinnerung an das Leid und an die Toten dieser wunderschönen alten deutschen Stadt. Ich war 1945 – und das sage ich zu den jungen Menschen hier auf dem Platz – 15 Jahre alt, ein

Schüler, ein Kind. Ich hatte dann die Chance, „drüben“ in meiner pfälzischen Heimat, groß zu werden, und ich gehöre zu jener jungen Generation, die nach dem Krieg geschworen hat – wie hier auch –: „Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt!“ Ich möchte hier vor Ihnen diesen Schwur erweitern, indem ich Ihnen zurufe: Von deutschem Boden muß in Zukunft immer Frieden ausgehen – das ist das Ziel unserer Gemeinsamkeit! Aber, liebe Freunde, wahrer Friede ist ohne Freiheit nicht möglich. Deswegen kämpfen Sie, demonstrieren Sie für die Freiheit in der DDR, deswegen unterstützen wir Sie, und deswegen gehört Ihnen unsere Solidarität. Liebe Freunde, es sind noch wenige Tage, die uns vom Weihnachtsfest – dem Fest des Friedens – trennen. Weihnachten, das ist das Fest der Familie, der Freunde. Gerade in diesen Tagen empfinden wir uns in Deutschland wieder als eine deutsche Familie. Wir alle haben das empfunden in diesen Wochen und Tagen. ...

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein friedvolles Weihnachtsfest, ein glückliches Jahr 1990. Gott segne unser deutsches Vaterland!

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bundeskanzler Helmut Kohl – Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik, Bonn 1990. ■



Auch am 19.12.2000 war Dr. Helmut Kohl auf dem Neumarkt zu Gast und erinnerte an die Ereignisse 1989.

Besuch des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 in Dresden

Aus den Aufzeichnungen des Domkapellmeisters i.R. Konrad Wagner

Sebastian Kieslich

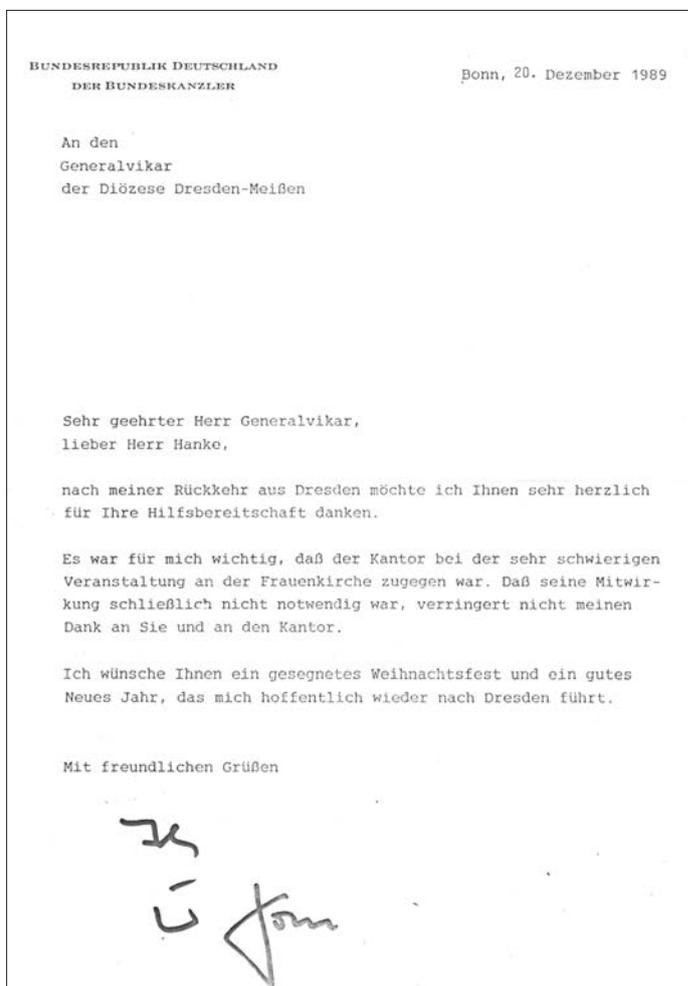
... Dass es mit der deutschen Einheit schneller gehen würde, wurde deutlich, als Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember nach Dresden kam, um sich hier mit dem unterdessen mit den Regierungsgeschäften beauftragten Hans Modrow zu treffen. Ich wollte das Ereignis möglichst nahe beobachten und fuhr nach meinem Dienst an der Evangelischen Kirchenmusikschule zum Hotel Bellevue, in dem er absteigen sollte. Dort hatte sich eine große Menge Menschen versammelt, die mit dem Ruf „Helmut, Helmut“ den Bundeskanzler bewegen wollten, sich zu zeigen. Bis auf die Dächer der gegenüber liegenden Häuser waren die Leute gestiegen. Als ich erfuhr, dass dieser am Nachmittag vor der Frauenkirche zu den Dresdnern sprechen wolle, fuhr ich nach Hause. Hier empfing mich meine Frau mit der Nachricht, dass mich Generalvikar Hanke sprechen wolle. Das Bundeskanzleramt hatte dort angerufen und gebeten, dass ein Chor – gemeint waren die Kapellknaben – am Schluß seiner Rede das Lied „Nun danket alle Gott“ anstimmen sollte, in der Hoffnung, dass die Menge mitsingen würde. Er wollte auf jeden Fall verhindern, dass die Menschen womöglich die deutsche Nationalhymne mit der ersten Strophe singen würden. Das hätte zu internationalen Verstimmungen führen können. Ich sagte dem Generalvikar, dass ich alles versuchen wolle, es aber sehr schwierig werden würde, da wir ja vorher keine Chorstunde mehr hatten, um das vorzubereiten. Für alle Fälle hatte man uns aber zugesichert, dass wir durch die Absperrung an das Rednerpult kommen könnten.

Ich überlegte, wie ich dem Wunsch des Kanzlers nachkommen könne. Wie sollte ein Chor gegen die zu erwartende lautstark agierende Menschenmenge ansingen können? Ich dachte, dass eher ein Posaunenchor der evangelischen Gemeinden eine Chance hätte und rief Superintendent Ziemer an, ob er Hilfe wisse. Doch der wiegelte ab. Das wäre viel zu spät, die Mitglieder dieser Ensembles wären schon längst auf dem Weg zur Frauenkirche – ohne Instrumente.

So blieben mir nur meine Jungs (a.d.R. die Kapellknaben). Die Männerstimmen. Ich vervielfältigte schnell den Text des Liedes, damit unser Singen nicht daran scheiterte. Das Lied einstimmig zu singen war kein Problem. Meine Männerstimmen waren schnell begeistert, konnten sie doch auf diese Weise in die Nähe des Rednerpultes kommen und den Kanzler ganz nahe miterleben. Durch die Vermittlung des Ordnungsdienstes kamen wir rechtzeitig an Ort und Stelle. Die Atmosphäre zu erleben, war einfach umwerfend. Die verschiedenen Gruppen skandierten Sprechchöre, schwenkten Fahnen – mehrheitlich die bundesdeutsche – und Transparente mit Parolen. Eine kleine FDJ-Gruppe hatte keine Chance, die Situation für sich zu wenden. Mit uns standen einige westdeutsche Journalisten, die eifrig und begeistert notierten, was da skandiert wurde, während wir auf den Kanzler warteten. Da sich die Gespräche mit Modrow wohl doch etwas länger hinzogen, nahm er nicht den vorgesehenen Weg über das Coselpalais, sondern kam direkt vom Kulturpalast durch die Menge zum Rednerpult. Helmut Kohl erkundigte sich, wo der Kantor steht, der das gewünschte Lied anstimmen sollte. Er winkte mich zu sich heran und fragte, welchen Chor er ankündigen solle. Ich sagte ihm: „Keinen Chor, Herr Kanzler. Die Menschen hier würden dieses Lied nicht mitsingen.“ Er bedankte sich: „Das wollte ich nur wissen“ - und stürmte auf das Rednerpult.

Tatsächlich hätten wir ohne Mikrofon – es war keins für uns vorgesehen – gegen diese versammelte Masse nichts ausrichten können. Der Rede des Kanzlers lauschten alle sehr gespannt. Er fand in dieser Situation die richtigen Worte und schloss mit „Gott segne unser deutsches Vaterland!“

Konrad Wagner (84) erlebte in seiner Zeit als Kapellknabe die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945. Nach dem Kirchenmusikstudium in West-Berlin übernahm er 1955 die Leitung der Dresdner Kapellknaben. In seiner über 40jährigen Dienstzeit widmete er sich besonders der Pflege der traditionellen Hofkirchenmusik und entwickelte sie weiter. Wagner erhielt für seine Verdienste mehrere Auszeichnungen, so den Kunstpreis der Landeshauptstadt Dresden 1995 und den Sächsischen Verdienstorden 2001. ■



25 Jahre Mauerfall – Ein Grund zum Feiern!

Infostand der CDU Blasewitz

Thomas Wesz

Die CDU Blasewitz / Striesen führte im November 2014 einen Infostand am Schillerplatz durch. Traditionell ist die Partei jeden zweiten Sonnabend im Monat dort vor Ort. Anlass war der 25. Jahrestag des Falls der Mauer. Bei Kaffee und Gebäck kamen zahlreiche Bürger mit dem Landtagsabgeordneten Martin Modschiedler, Stadtrat Steffen Kaden, Ortsbeirat Sebastian Kieslich und weiteren Mitgliedern des Ortsverbandes ins Gespräch. Viele Kinder freuten sich über kleine Aufmerksamkeiten. Der Ortsverbandsvorsit-

zende Martin Modschiedler: „Ich freue mich sehr über den Mauerfall vor 25 Jahren und die für unser Vaterland so erfolgreichen darauffolgenden Jahre. Besonders freut mich, dass die CDU in diesen Jahren im Bund, in Sachsen und in Dresden vieles gestalten konnte. Die Erinnerung an freudige Ereignisse wie den Mauerfall ist wichtig. Die durchweg positive Resonanz auf den Infostand zeigt, dass die CDU Blasewitz / Striesen vor Ort fest verankert und die bestimmende politische Kraft ist.“



tw@martin-modschiedler.de ■

Schmuckstück für Striesen – Sanierung der Schandauer Straße abgeschlossen

Thomas Wesz



Seit dem 11. April wurde der zweite Teil der Schandauer Straße zwischen Junghans- und Ludwig-Hartmann-Straße rundum ausgebaut. Bis auf wenige Restarbeiten sind die Bauarbeiten nunmehr abgeschlossen und die Striesener können sich über ein

echtes Schmuckstück freuen. Nicht nur alle unterirdischen Versorgungsleitungen wurden erneuert, auch der Fahrbahnbelag, die Straßenbahnschienen, Fußwege, Radwege und Haltestellen wurden komplett erneuert. Dazu kommen neue Parkbuchten und viele neugepflanzte Bäume. Rund 14 Millionen Euro hat der Ausbau gekostet. Baubürgermeister Jörn Marx (CDU) wertet das Vorhaben als wichtigstes Dresdner Tiefbauprojekt 2014 nach der Sanierung der Albertbrücke. Bereits im vergangenen Jahr war im ersten Bauabschnitt ein Teil der Schandauer sowie die Borsbergstraße saniert worden. Der Zeitplan konnte erfreulicherweise auch

in diesem Jahr wie schon beim ersten Bauabschnitt eingehalten werden. Nächstes Jahr ist dann die Sanierung der Wehlener Straße geplant. Die CDU Blasewitz / Striesen hatte die Sanierung der Borsbergsstraße und Schandauer Straße immer wieder angemahnt und mit durchgesetzt. Landtagsabgeordneter Martin Modschiedler und Stadtrat Steffen Kaden freuen sich nun umso mehr über das Ergebnis. „Unser Dank gilt den fleißigen Bauarbeitern, der Verwaltung und den geduldischen Anwohnern und Gewerbetreibenden. Von dem neuen Schmuckstück im Dresdner Osten werden viele profitieren“ so Modschiedler und Kaden. ■

Herzliche Geburtstagsgrüße für Peter Girst zum Fünfundsiebzigsten

Dr. Ludwig-Dieter Wagner

Peter Girst, der Vorsitzende der Dresdner Seniorenunion, beging am 29. Oktober seinen 75. Geburtstag. Mitstreiter und Freunde gratulierten ihm auf einem kleinen Empfang am 1. November. Evelyn Müller, die stellvertretende Vorsitzende, würdigte seinen unermüdlichen erfolgreichen Einsatz für die Senioren innerhalb der Dresdner Union. Sie wünschte ihm, dass er weiterhin in bester Gesundheit all seine Kraft und sein Engagement für den Kreisverband

der Seniorenunion aufbieten kann. Er selbst beschrieb in einer kurzen launigen Rede, wie er nach der friedlichen Revolution hinter den Eisernen Vorhang kam und reiche Erfahrungen als westdeutscher Kommunalpolitiker und Mann der Wirtschaft mitbrachte. Schmunzeln lösten insbesondere seine Schilderungen aus, wie er in Russland moderne Technik einführen durfte. Seit 2006 führt er den Kreisverband Dresden der Seniorenunion.

Die Grüße und Wünsche des Kreisvorstands der CDU überbrachte Geschäftsführer Dietmar Haßler. ■



Große Resonanz für den Stammtisch am Buß- und Betttag mit Vortrag von Bischof Dr. Heiner Koch

Was den Menschen leben lässt und unsere Gesellschaft zusammenhält

Thomas Wesz

Traditionell veranstaltet die CDU Blasewitz / Striesen am Buß- und Betttag einen Stammtisch mit hochkarätigen Referenten. Dabei werden übergreifende Themen außerhalb der Tagespolitik behandelt. In diesem Jahr konnte als Redner der **Bischof des Bistums Dresden-Meißen, Herr Dr. Heiner Koch**, gewonnen werden.

Die Resonanz auf den Vortrag zum Thema „**Was den Menschen leben lässt und unsere Gesellschaft zusammenhält**“ war überwältigend. Rund 70 gespannte Zuhörer kamen am 19. November in den SchillerGarten.

Bischof Dr. Koch ging insbesondere auf die Wertebildung als Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und als gesellschaftliche Innovation ein. Dabei müssen Werte immer wieder neu aufgegriffen und diskutiert werden. Werte habe letztendlich jeder Mensch, es komme aber immer darauf an, auf welcher Grundlage diese beruhen. Alles in Bezug auf Werte sei, so Dr. Koch, eine **Glaubensfrage**. Wobei sich das nicht allein

auf Glauben im religiösen Sinne beziehe. Auch wer nicht an Gott glaube, glaube folglich an etwas.

Wichtig sei vor allem eines: Wir als politisch aktive Menschen müssen **unsere Werte und Überzeugungen auch laut sagen** und öffentlich vertreten. Dies sei die einzige Möglichkeit, dem Zeitgeist und seinen Verwerfungen entgegenzutreten.

Für den politischen Alltag bedeute dies, dass Entscheidungen immer mit Argumen-

ten begründet werden müssen. Dazu bedürfe es bei den Entscheidungsträgern eines **Wertefundamentes**. Maßstab dessen sei das eigene Gewissen. Dies bedürfe wiederum einer Gewissensbildung.

Einig war man sich darin, dass die Wer-

tediskussion immer einen Prozess darstellt. Diesem muss in Politik und Gesellschaft genügend Zeit und Raum gegeben werden. Der **christliche Glaube** bietet für diesen Diskurs die beste Grundlage.

Die zahlreichen, teils sehr emotionalen Beiträge der Gäste zeigten, dass die Frage nach den Werten in unserer Zeit und Gesellschaft viele unserer Mitglieder umtreibt. Die **Wertediskussion** läuft und wir bleiben dran!

tw@martin-modschiedler.de ■



Wir gratulieren zum Geburtstag im Dezember und Januar

zum 98.

Frau Käthe Helm 08.01. OV Dresdner Westen

zum 93.

Herrn Rudolf Stolle 12.12. OV Dresdner Süden

zum 87.

Frau Hildegard Hummel 08.01. OV Dresdner Süden

Herrn Dr. Walter Thiem 27.01. OV Neustadt

zum 86.

Herrn Heinz Lehmann 20.01. OV Neustadt

zum 81.

Herrn Wolfgang Gottsche 22.12. OV Dresdner Südosten

Herrn Dr. Gotthard Hansel 09.01. OV Dresdner Süden

Herrn Rudolf Ludewig 19.01. OV Dresdner Südosten

zum 80.

Herrn Friedlieb-Anthony Subeff 14.01. OV Blasewitz/Striesen

zum 75.

Herrn Dr. Johannes Voß 20.12. OV Dresdner Südosten

Herrn Günter Rudl 14.01. OV Gruna/Seidnitz

Herrn Dr. Hartmut George 31.01. OV Loschwitz/Weißer Hirsch

zum 70.

Frau Sigrid Ihme 13.12. OV Dresdner Süden

Frau Elke Heyder 14.12. OV Dresdner Norden

Herrn Dietmar Kretschmar 15.12. OV Gruna/Seidnitz

Frau Regina Kircheis 15.01. OV Neustadt

zum 65.

Frau Kristine Christl 23.12. OV Loschwitz/Weißer Hirsch

Frau Carla Zschoppe 08.01. OV Pieschen

Herrn Dr. Hans Ladstätter 13.01. OV Leuben/Laubegast

Herrn Hartmut Wallner 15.01. OV Loschwitz/Weißer Hirsch

zum 60.

Herrn Roland Brik 26.12. OV Altstadt/Großer Garten

Frau Carmen Rosenthal 31.12. OV Neustadt

Frau Monika Schiemann 31.12. OV Dresdner Westen

Herrn Thomas Fehlisch 19.01. OV Altstadt/Großer Garten

Herrn Elenore Kapfhammer 23.01. OV Pieschen

zum 50.

Frau Katrin Mende-Prescher 06.12. OV Blasewitz/Striesen

Zwei Städte. Ein Fluss. Ein Land.

Alexander Seedorff & Hans-Jürgen Rosch

Zwei Jahre ist es her, dass unsere Oberbürgermeisterin Helma Orosz im Hamburger Rathaus auf der Feier zum 25. Jahrestag der Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Hamburg eine Festrede gehalten hat. Die Partnerschaft hat ihre Wurzeln noch aus Zeiten der innerdeutschen Grenze und wurde von den Gründungsmitgliedern unter komplizierten Vorzeichen erkämpft. Dieses Engagement zu würdigen und daran zu gedenken, dass es vor gar nicht allzu langer Zeit noch viel größere Probleme auf der Reise von Dresden nach Hamburg und zurück gab, als die schlechte Bahnverbindung zwischen Dresden und Berlin, haben die beiden Verbände der Jungen Union sich auf die Fahne geschrieben. Seit nunmehr zwei Jahren wurden die wechselseitigen Besuche der JU Dresden und JU Hamburg zu einer guten Tradition entwickelt.

In diesem Jahr waren wir an der Reihe, die Reise elbabwärts anzutreten. So packte eine zehnköpfige Delegation ihre Sachen und machte sich am Freitagnachmittag auf den Weg in ein wunderschönes Oktoberwochenende. Der erste Abend war als gemütliches Beisammensein gedacht und ganz nebenbei wurde beim Tischkicken aufgezeigt, wie süß christdemokratische Seriensiege im sozialistischsten Idyll einer Schanzen-Bar schmecken. Die Rache kam am nächsten Tag. Auf dem Wege zum ersten Ziel

lächelte jede Ampel in tiefstem Rot. Die intelligente Dresdner Verkehrsflusssteuerung wurde hier schmerzlich vermisst. Doch das war so ziemlich das Einzige, was den Hanseatischen Stolz an diesem Wochenende ankratzen konnte.

Erster Programmpunkt am Samstag war eine Diskussionsveranstaltung der ZEIT mit Peter Thiel, milliardenschwerer Investor, Mitbegründer von Paypal und erster externer Investor bei Facebook. Beides Unternehmen mit Geschäftsmodellen, an die vor gut zwei Jahrzehnten noch niemand gedacht hat und die heute mehr wert sind, als die DAX Top30 zusammen. Anschließend ging es zur CDU-Landesvertreterversammlung. Dort wurde gerade Fraktionschef Dietrich Wersich zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2015 nominiert. Kurz nach der Abstimmung begrüßte uns selbiger persönlich zu einem Austausch in kleinem Kreis über die wichtigsten Themen und Herausforderungen moderner Großstädte.

Den Rest des Tages nutzten wir, um das einmalige Flair des Tors zur Welt zu erfahren. Mönckebergstraße, Hafencity, Magellan- und Marco-Polo-Terrassen, Elbphilharmonie und Speicherstadt waren die Stationen

bis zum Abend. Alles bei schönstem Wetter und strahlender Sonne. Herrlich! Nicht weniger herrlich wurden die Folgestunden verbracht. Eine Führung durch die beeindruckend prunkvollen Räume des Hamburger Rathauses konnte den angekratzten hanseatischen Stolz vom Vormittag wieder vergessen machen und bei Tapas und Cerveza wurde vom Abend- zum Nachtprogramm übergeleitet.

Der nächste Tag begann mit einer Rundfahrt durch den weltbekannten Hamburger Hafen. Ein Wahnsinn, was für Gütermengen dort in rasender Geschwindigkeit tagtäglich bewegt werden. Da kommt die Frage auf, ob dies tatsächlich dieselbe Elbe ist, die auch durch unsere Stadt fließt. Um dies zu prüfen, verabschiedeten wir uns anschließend von unseren Gastgebern und machten uns direkt auf den Weg gen Heimat. Wieder zu Hause angekommen, war unser Ergebnis, dass es tatsächlich derselbe Fluss ist, der durch beide Städte fließt. Viel wichtiger aber ist, dass es auch wieder dasselbe Land ist, in dem sich die beiden Elbmetropolen befinden. Auf das es auch immer so bleiben wird!

Wir danken unseren Hamburger Freunden für das tolle Wochenende und freuen uns schon darauf, im nächsten Jahr ein weiteres Kapitel unserer geliebten Städtepartnerschaft zu schreiben. ■



MIT Dresden unterstützt Antrag auf Einführung einer Steuerbremse

Mario Schmidt

Die Diskussion um die Einführung einer Steuerbremse, welche die heimlichen Steuererhöhungen durch die Kalte Progression beseitigen soll, wurde auch im Dresdner MIT-Kreisverband geführt.

Nachdem bereits vor einiger Zeit der MIT-Landesvorstand einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, lag dieser am 21. Oktober 2014 zur Beratung auch im MIT-Kreisvorstand Dresden vor. Die Vorstandsmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, dass der CDU-Kreisverband Dresden einen entsprechenden Antrag auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag in Köln

unterstützen möge. Dieser sieht vor, dass die Steuerbremse gesetzlich verankert werden muss und spätestens am 01.01.2017 in Kraft treten soll. Eine Gegenfinanzierung durch Steuererhöhungen an anderer Stelle wird grundsätzlich abgelehnt.

Hintergrund: Die heimlichen Steuererhöhungen durch die „Kalte Progression“ sind ungerecht. Sie führen dazu, dass Steuerzahlern nach einer Lohnerhöhung unter dem Strich weniger Kaufkraft bleibt als vor der Lohnerhöhung. Die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit wurde in vielen Beschlüssen und Wahlprogrammen der Union aufge-

nommen. Es gilt nun, Wort zu halten und dies durch konkrete politische Beschlüsse zu untermauern. Dabei muss die Steuerbremse noch in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen und kassenwirksam werden. Es soll keine einmalige Einkommensteueranpassung geben, dies wollen wir durch einen Automatismus zur regelmäßigen Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflation erreichen.

Mehr Informationen zur Steuerbremse und zu den Hintergründen finden Sie unter <http://www.mittelstand-deutschland.de/steuerbremse.php> ■

13. Dresdner Wirtschaftsforum: Natur als Vorbild für Technologieentwicklungen "made in Sachsen"

Patrick Schreiber MdL

Rund 40 Teilnehmer folgten der Einladung der MIT Dresden und des Verbandes Innovativer Unternehmen e. V. zum 13. Dresdner Wirtschaftsforum am 11. November in das Institut für Holztechnologie am Zelleschen Weg in Dresden. Unter den Interessierten befanden sich mit Dr. Stephan Meyer MdL und Holger Gasse MdL auch zwei meiner Kollegen aus dem Sächsischen Landtag. Bevor uns die Referenten des Abends zu den Themenschwerpunkten Elektromobilität, Drucktechnik und Strukturleichtbau informierten, war es meine Aufgabe im Namen des MIT-Kreisverbandes, die Veranstaltung zu eröffnen. Aus aktuellem Anlass berichtete ich von den zurückliegenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD auf Landesebene und machte dabei deutlich, dass im Koalitionsvertrag auch im Bereich der Technologieförderung Schwerpunkte gesetzt wurden. Das Thema Vernetzung und Austausch – wie es unser Forum ja traditionell im Kleinen pflegt – spielt dabei in der neuen Legislaturperiode eine wesentliche Rolle. Ein Beispiel dafür ist die Verankerung im Koalitionsvertrag, eine Innovationsplattform gründen zu wollen, welche Themen wie Finanzierung, Existenzgründung und Bewertung geistigen Eigentums sowie die Zu-

sammenarbeit mit Körperschaften bündelt, koordiniert und beratend begleitet. In den kommenden Jahren soll auch die Entwicklung neuer Fahrzeug- und Mobilitätskonzepte bzw. die konkrete Anschaffung von Elektro- und Hybridbussen weiter finanziell unterstützt werden. Damit waren wir dann auch schon gleich beim Thema: Frau Dr. Steinbach und Herr Dr. Ortmann vom Institut Chemnitzer Maschinen- und Anlagenbau e.V. (ICM) erläuterten uns das Projekt „INNVELO“, bei dem sich 2009 neun KMU zu einem Unternehmensnetzwerk zusammengeschlossen haben – mit dem Ziel, ein Elektrofahrzeug zu entwickeln. Wie die Wissenschaftler berichteten, wurden für das Design des Fahrzeugs Eindrücke aus der Natur gesammelt. So orientierte man sich bei der Gestaltung der Türen beispielsweise am Vorbild der Hautflügler. Mit seiner unterschiedlichen Funktionalität soll sich „INNVELO“ vom Markt abgrenzen und eine eigene Nische besetzen. 2015 startet dazu in Chemnitz die Testphase, bei der das Auto für die Stadtreinigung genutzt werden soll. Frau Genest, erklärte uns im Anschluss, weshalb es wichtig ist, dass bedruckte Materialien entsprechenden Prüfungen unterzogen werden. Es ist ja kein Geheimnis, dass nicht ausgehärtete Druckfarbe gesund-



heitsschädlich ist und gerade bei der Bedruckung von Kinderspielzeug sollte es da keinerlei Mängel geben, so die Prokuristin des Sächsischen Instituts für die Drucktechnik mit Sitz in Leipzig. Deshalb hat man dort ein Handmessgerät entwickelt, um den Grad der Aushärtung überprüfen zu können. Bevor der Ehrenvorsitzende des Verbandes Innovativer Unternehmen, unser MIT-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Hilmar Fuchs, auf seine unnachahmliche Art und Weise zum Abschluss eine kleine Diskussion mit den Referenten moderierte, erfuhren wir von Herrn Heinrich vom Cetex Institut für Textil- und Verarbeitungsmaschinen noch etwas zu Leichtbauwerkstoffen. Interessant war auch dabei wieder, dass man sich dort ebenfalls viel aus der Natur abschaut.

In diesem Sinne freue ich mich schon auf interessante Vorträge im nächsten Jahr! ■

Technologienpolitik aus Sicht der sächsischen Wirtschaft

AK Innovation, Wissenschaft und Technologie

Andreas Baumann

Lars Kroemer, Mitglied der Geschäftsleitung der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, hat über Ausgangslage und Anforderungen an die Technologienpolitik im Freistaat Sachsen referiert. Er hat aufgezeigt welche Konsequenzen sich daraus für Politik und Wissenschaft ergeben. Ziel ist Sachsen wieder zu einem wirtschaftlichen und technologischen Zentrum in Deutschland und Europa mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu entwickeln.

Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigen, dass Sachsen bei Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Bruttoentgelt und auch verfügbarem Einkommen in der Summe erst 80 Prozent des deutschen Durchschnittes erreicht. Erfreulich ist, dass Sachsen nach Thüringen seit 2000 das stärkste Wachstum aller Bundesländer beim realen Bruttoinlandsprodukt mit 23 Prozent erzielt. Auch der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung ist seit 1995 von 12 auf 18 Prozent gestiegen. Dieser Wert liegt aber noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 22 Prozent. Baden-Württemberg erreicht 32 und Bayern 26 Prozent!

Wesentliche Faktoren sind die „Kleinteiligkeit“ der sächsischen Industrie und das Fehlen von Unternehmenszentralen internationaler Konzerne. Letzteres wird seit Jahren beklagt und wird sich mittelfristig auch nicht ändern. Sachsen liegt bei den Kennzahlen Exportanteil (78%), Produktivität (65%), Betriebsgröße (65%), Eigenkapital (43%), Ausgaben für Forschung & Entwicklung (30%) sowie Umsatz pro Mitarbeiter (76%) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Aufgrund dieser Ausgangslage und insbesondere der unzureichenden Eigenkapitalausstattung haben sächsische Unternehmen Probleme bei der Finanzierung von Forschung & Entwicklung sowie betrieblichen Innovationen. An dieser Stelle ist der

Freistaat noch gezielter gefordert unterstützend einzugreifen um die sächsische Wirtschaft „zukunftsfest“ zu machen. Der Wirtschaft fehlen oftmals für die hohen Aufwendungen betriebsinterne und externe Finanzierungsquellen.

Interessant ist, dass die Forschungs- & Entwicklungsaufwendungen vom Bruttoinlandsprodukt in Sachsen bereits 2,9 Prozent bei einem bundesweiten Zielwert von 3 Prozent betragen. Hier ist Sachsen bundesweit mit führend! Jedoch nur 45 Prozent davon kommen aus der Wirtschaft. 55 Prozent steuern die Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen bei. Im Bundesdurchschnitt liegt der Beitrag der Industrie bei 70 Prozent.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die erfolgreiche Entwicklung der sächsischen Industrie seit 1990/91 nach wie vor deutliche strukturelle Defizite aufweist und deshalb einer zukunftsorientierten Technologienpolitik eine zentrale Bedeutung zukommt.

Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung in Sachsen war die Biotechnologie mit € 200 Mio. Aus diesem Sektor sind aber nur 24 Unternehmen mit 1900 Beschäftigten sachsenweit ausgegründet worden. Allein in Dresden sind es 13 Unternehmen mit 1100 Mitarbeitern. Bei dieser langfristig planenden und risikoreichen Branche fehlen staatliches und insbesondere privates Gründungskapital, wie in früheren Veranstaltungen des AK herausgearbeitet wurde.

Um die Größennachteile der sächsischen Unternehmen auszugleichen wurde nach der Wende in die Forschungsinfrastruktur mit Schwerpunkt Dresden sowie in die Hochschulen massiv investiert. Sachsen hat 29 international bedeutende außeruniversitäre Forschungsinstitute. Davon befinden sich 17 in Dresden. Die erhofften Ausgründungen aus Hochschulen und Instituten

sind aber aus verschiedenen Gründen gering, wie auch der AK in einigen Veranstaltungen herausgearbeitet hat. Die Analysen waren die Basis für ein umfassendes Konzept für mehr Ausgründungen. Lars Kroemer hat dazu ergänzend festgestellt, dass ostdeutsche Neu- und Ausgründungen geringere Überlebenschancen als westdeutsche haben. Betriebsgröße und Wachstum sind unzureichend und somit leisten die Unternehmen noch keinen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Auch der Technologietransfer von der Forschung in die Industrie kann optimiert werden. Die Industrie sieht u.a. Verbesserungspotential in Bezug auf zu hohe Transferkosten und fehlende Kapazitäten bei Hochschulen und Instituten. Es sollten zudem Transferanreizsysteme für Industrie sowie Forschung von der Politik geschaffen werden. Von AK-Teilnehmern wurde darauf hingewiesen, dass die TU Dresden mit der TUDAG sowie die Helmholtz-Gesellschaft in Dresden-Rossendorf über Transferstellen verfügen und diese erfolgreich sind.

Seit zwei Jahren wird weltweit aufgrund einer deutschen Initiative über das Projekt „Industrie 4.0“ (u.a. „smart factory“) diskutiert. Aufgrund der sächsischen Industriestruktur bestehen für die „Industrie der Zukunft“ gute Chancen im Freistaat. Die interne und externe Vernetzung der Unternehmen setzt aber eine digitale Infrastruktur voraus, die im Gegensatz zu den westlichen Bundesländern in Sachsen noch vollkommen unzureichend ausgebaut ist.

In der Diskussion wurde von zahlreichen Teilnehmern Unverständnis darüber geäußert, dass in der CDU/SPD-Landesregierung die wissenschafts- und zukunftsorientierten Ministerien für „Wissenschaft und Kultur“ sowie „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ von der SPD geführt werden! ■

Was geht uns Christen Genderideologie an?

Dr. Claus Peter Geier

Beschreibung der Sachlage

„Gender“ bedeutet „Geschlecht“. Damit ist nicht das biologische, sondern das soziale Geschlecht gemeint, das nicht naturgegeben sei, sondern von menschlicher Gewohnheit festgelegt wurde. Gender-Ideologen sind davon überzeugt, dass es keine grundlegenden Unterschiede zwischen Mann und Frau gebe. Die Basis dieser Ideologie ist die feministische Leitidee der französischen Philosophin Simone de Beauvoir von 1947: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht.“ Damit werden wissenschaftliche Erkenntnisse vor allem der Biologie nicht anerkannt.

Trotzdem wird auf politischer Ebene Gender-Mainstreaming (die Gender Ideologie in die Gesellschaft tragen) zur verbindlichen Aufgabe für alle EU-Mitgliedstaaten erklärt (Amsterdamer Vertrag 1997) und 1999 vom Bundeskabinett zum Leitprinzip der Regierungsarbeit gemacht.

Nach unserem christlichen Menschenbild ergänzen Mann und Frau einander, sie besitzen die gleiche personelle Würde und sind daher gleichwertig und einander ebenbürtig (Gen 1,26-27) aber nicht gleichartig. In ihrer Verschiedenartigkeit ergänzen sie sich und leben mit ihren speziellen Fähigkeiten miteinander. „Weil Mann und Frau beide Gott als ihren gemeinsamen Ursprung haben, sind sie aber trotz ihrer Verschiedenheit eine Einheit“ (/1/ Gender Ideologie- Ein Leitfaden S.13).

Gender in der Bildung in Baden-Württemberg

Seit in Baden-Württemberg im Bildungsplan für 2015 in den Vorgaben des Gender-Mainstreaming die Schüler möglichst früh zu „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ erzogen werden sollen, traditionelle Ehe und Familie keinen herausgehobenen Wert mehr haben, regt sich in christlichen Kreisen bundesweit der Widerstand. Auf dem „Forum Familie“ im Oktober 2014 in Stuttgart zeigte Prof. Wolfgang Leisenberg in seinem Impulsreferat <https://www.youtube.com/watch?v=5u9OQp0u-ko#t=147> welche

Blüten lt. Schulgesetz in Ba-Wü in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Standards für Sexualaufklärung in Europa, Köln 2011, S. 38) treiben. Danach sollte altersgerechte Sexualerziehung folgendermaßen erfolgen:

- Selbstbefriedigung für die Altersgruppen 0-4 Jahre
- Homosexualität 4-6 Jahre
- Empfängnisverhütung 6-9 Jahre
- Genderorientierung 9-12 Jahre
- Sex ab 12 Jahre

Nach Baden-Württemberg und Niedersachsen erfolgt die sexuelle Aufklärungsarbeit jetzt auch in Nordrhein-Westfalen. Wir können besonders als Christen solche Einmischung vor allem in diese intimen Bereiche familiärer Erziehung nicht akzeptieren. Ich bin der Meinung Eltern haben die Pflicht und das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, insbesondere deren sexueller Bildung, denn sie beobachten ihren Entwicklungsstand, ihre Verschiedenheit und ihre Fragen.

Konkrete Situation in Sachsens Schullandschaft

Zunächst Entwarnung! In persönlichen Gesprächen mit der Betriebsleiterin Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen (Kita) Dresden Frau Bibas und Grundschullehrerinnen erfolgt in unseren Kitas und Schulen die Sexualerziehung situationsbezogen und in Abstimmung mit den Eltern. In der 4.Klassenstufe werden nach Vorbereitung mit den Eltern die Schüler je nach deren Wunsch durch den Klassenlehrer oder eine neutrale Person „aufgeklärt“. In Dresden wird darüber hinaus ein Angebot des Deutschen Hygiene Museums genutzt.

Was sollten wir gegen Tendenzen der „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ tun?

Für unsere Gesellschaft sind natürliche Familien die Grundlage für ihr Bestehen. Gott hat aber eine Vielfalt von Menschen geschaffen und in jedem ist er präsent. Demzufolge

können Menschen für ihre sexuelle Orientierung nichts. Diese Tatsache akzeptieren und tolerieren wir. Das bedeutet aber nicht, dass Kundgebungen (Love Parade), die demonstrativ Homosexualität gleichberechtigt zu Ehe und Familie stellen, gutgeheißen werden. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Verantwortungsübernahme eingetragener Partnerschaften füreinander juristisch geregelt wird. Ich bin aber strikt gegen die Bezeichnungen "Ehe" für diese Paare, da sie damit das christliche Familienbild vernebeln.

Ich betone das, weil mit dem Bildungsziel „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ die berechnete Befürchtung besteht, nicht nur Wissen und Toleranz zur Verschiedenheit von Mann und Frau verbreitet werden, sondern im frühen Kindesalter das Jahrhundertalte christliche Familienbild relativiert wird.

Wir Eltern und Großeltern sollten deshalb im Kontakt zu Kitas und Schulen prüfen, in wie weit sich die Genderideologie zum Schaden unserer Kinder dort breit macht.

Weitergehende Informationen:

/1/ Hilfswerk „Kirche in Not“ Reihe „Glaubens-Kompass“ das Heft „Gender-Ideologie - ein Leitfaden“ (kann kostenlos über www.kirche-in-not.de bestellt werden.

/2/ Gabriele Kuby „Die sexuelle Revolution“ fe-medienverlags GmbH ISBN:978-3-86357-032-3

/3/ <https://www.youtube.com/watch?v=CPDOivuzRJM&list=UfOvEE9fRqGo-nlxFtT1pA>

/4/ <http://www.die-tagespost.de/Leitartikel-Diktatur-der-Sexualpaedagogik;art456,156276>

/5/ <http://www.kath.net/news/48299>

14.11.-6.4.2015 Ausstellung mit dem Titel „Schamlos? Sexualmoral im Wandel“ im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig ■

Wie wollen wir leben?

Die Adenauer-Stiftung lud Dresdner Bürgerinnen und Bürger zum Gespräch

In was für einer Stadt wollen wir leben? Was bedeutet Wohlstand für uns? Und wie wollen wir gemeinsam erinnern? Mehr als drei Stunden diskutierten Dresdner Bürgerinnen und Bürger Ende November auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) über diese Fragen. Im Mauersberger Saal des Hauses an der Kreuzkirche blickten die Teilnehmer gemeinsam in die Zukunft und entwickelten Leitplanken für einen langfristigen Diskurs.

Neues Format kommt gut an

Um die Stimme der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund zu rücken, setzte die KAS zum ersten Mal auf ein neues Debattenkonzept: Aufgeteilt in drei Gruppen durchliefen die Teilnehmer jeweils drei Foren zu den verschiedenen Fragen. Moderatoren leiteten dabei die Diskussion und stellten am Ende die gesammelten Ergebnisse vor. "Diese Form ist für uns eine wunderbare Möglichkeit, mit den Dresdnern in kleiner Runde intensiv ins Gespräch zu kommen", sagte der Leiter des sächsischen Bildungsforums der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Joachim Klose, der auch die Moderation des Forums "Erinnern" übernahm.

Die Teilnehmer nahmen das Diskussionsangebot mit Freude an. "Ich finde es toll, dass ich heute so viele Meinungen von anderen Teilnehmern hören kann", sagte Hildegard Kuß. Die 68-Jährige kommt regelmäßig zu den Themenabenden der KAS. Besonders das Thema "Erinnern" habe sie an diesem Abend beschäftigt. "Oft wissen wir nur, dass wir erinnern müssen, aber nicht genau wie", so Kuß. Um über solche Fragen ins Gespräch zu kommen, seien Dialoge wie an diesem Abend besonders wichtig.

Gemeinsam in die Zukunft geschaut

Die Lust auf den Diskurs zeigte sich auch in den beiden anderen Foren. In der Gesprächsrunde "Stadt" lud Professor Niels-Christian Fritzsche von der Fakultät Architektur der TU Dresden die Teilnehmer ein, ihre Wunschstadt zu entwerfen und die aktuelle Stadtentwicklung zu bewerten. Die Dresdner kritisierten vor allem leerstehende Bürogebäude, zu viele Einkaufszentren und die Zersplitterung Dresdens. Stattdessen wünschten sie sich eine lebendigere Stadt, in der Wohnviertel, Geschäftsstraßen und Kulturmeilen zusammengehören. "Es gab viel und scharfe Kritik an der Stadt",

sagte Professor Fritzsche in der Abschlussrunde. Die Umsetzbarkeit vieler Wünsche sei jedoch oft kompliziert und nur langfristig umsetzbar. "Für so einen Prozess, brauchen wir den andauernden Dialog."

Im Forum "Wohlstand" moderierten Carolin und Erik Fritzsche vom Verein Modereco e.V. Sie befragten die Dresdner nach ihren Bedürfnissen und bekamen spannende Antworten. Während Gesundheit, Sicherheit, Natur, Bildung und Familie und Freunde für die meisten Teilnehmer unverzichtbar sind, könnten viele auf Werbung, Fast Food und riesige Parkplätze verzichten. Die Teilnehmer vermissen Orientierung, Geborgenheit und Zeit. "Wir haben uns über diese Fragen indirekt dem Begriff Wohlstand genähert", sagte Erik Fritzsche. Mit den Ergebnissen könne man nun weiter arbeiten.

Genau das hat die Konrad-Adenauer-Stiftung vor. "Wir werden jetzt die Ergebnisse des heutigen Abends aufgreifen und für das Programm des nächsten Jahres berücksichtigen", sagte Dr. Joachim Klose. Ihn selber habe der Abend ermutigt. "Das waren sehr ernsthafte und gute Gespräche. Und vor allem: Es hat sich jeder beteiligt." ■



© Helmut R. Schulze

Am 19. Dezember 1989 besuchte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl Dresden. Vor der Ruine der Frauenkirche hielt er „eine der schwierigsten, wenn nicht die schwierigste Rede überhaupt in meinem Leben“ – wie er in seinen Memoiren schreibt. Mit einer Festveranstaltung im Albertinum Dresden will die Konrad-Adenauer-Stiftung am 19. Dezember 2014 an dieses Ereignis erinnern. Das Politische Bildungsforum Sachsen hat

sich im Rahmen der Vortragsreihe „Wieder vereinigt“ und in der Begleitausstellung „Der Riss im Eisernen Vorhang“ mit den historischen und aktuellen Perspektiven auf die „Friedliche Revolution“ und die Deutsche Wiedervereinigung beschäftigt.

Die Festveranstaltung bildet den feierlichen Abschluss dieses intensiven Auseinandersetzungsprozesses.

Die Veranstaltung ist leider bereits ausgebucht.

Das gesamte Team der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen wünscht Ihnen und Ihrer Familie eine friedvolle Weihnachtszeit und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Gewalt schreibt Geschichte. Aber welche?

Kriege, Katastrophen und Revolutionen markieren die wichtigsten Daten der Geschichte. Sie beenden, unterbrechen oder starten persönliche Biographien von Neuem. Geht ein politisches System zugrunde, liegt das eigene Elternhaus in Trümmern, werden Menschen in ihrem Innersten erschüttert und versuchen sich selbst und die Welt neu zu begreifen.

Prägt Gewalt unsere Erinnerung?

Das 20. Jahrhundert wurde entscheidend geformt durch drei Episoden: Die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, der Frieden am 8. Mai 1945 und der radikale Wandel der Nachkriegsordnung mit dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1989. Alle diese Ereignisse schnitten gewaltsam durch den Gang der Dinge und prägen die kollektive Erinnerung bis heute. Die deutsche Geschichte ist ohne diese Daten nicht denkbar.

Die Sichtweisen auf die Vergangenheit verändern sich aber. Zeitzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg gibt es immer weniger. Persönliche Erlebnisse können in Konkurrenz zu wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen. Häufig bestimmt die Macht der Bilder und Symbole, wie wir uns erinnern. Wer

die Bilder deutet, besitzt Macht über die Erinnerung.

Eine Erinnerung in schwarz-weiß?

Wie wir uns erinnern, entscheidet darüber, wie wir die Zukunft sehen. Eine Gesellschaft muss also verstehen, wie Erinnerungsmuster von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr Dresden und die Konrad-Adenauer-Stiftung bereiten gemeinsam die Veranstaltungsreihe „Gewalt und die Macht der Erinnerung“. Wir wollen betrachten wie wir uns historischen Daten nähern. Die drei genannten Episoden des 20. Jahrhunderts bilden dafür den Hintergrund. Wie prägen individuelle Erlebnisse die Erinnerung? Wie wurde Gewalt benutzt, um historische Erinnerungen zu beeinflussen? Welche Erinnerungskultur pflegen wir in unserer Gesellschaft?

Am ersten Abend der Reihe werfen wir einen Blick auf den Zweiten Weltkrieg. Die noch nie dagewesene Zerstörung menschlichen Lebens und der Untergang zivilisatorischer Maßstäbe formen die kollektive Identität bis heute. Wir laden Sie herzlich zu dieser Vortragsreihe ein!



Prof. Alfred Grosser

26.01.2015, 19.00 Uhr

Zerstörung

und die Macht der Erinnerung

Mit Eveline Goodmann-Thau, Wien und Tel Aviv, Rhabbinerin und Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Grosser, Paris, Publizist und Soziologe

Vorankündigungen:

04.05.2015, Das Ende des Krieges

und die Macht der Erinnerung

28.09.2015, Die Wiedervereinigung

und die Macht der Erinnerung

Veranstaltungsort:

Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, 01099 Dresden

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Der Eintritt ist frei. ■

Bekennende Christen?

Diskussionsveranstaltung zur Rolle der Kirchen im Nationalsozialismus

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 setzte ein beispielloser Prozess der Gleichschaltung ein, der nahezu alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen erfasste. Der Versuch der NSDAP-Führung, auch die Kirchen in ihr Regime einzugliedern, stieß jedoch auf Widerstand. Mit der „Bekennende Kirche“ entstand innerhalb der evangelischen Kirche eine Widerstandsbewegung, die die Gleichschaltung ebenso verurteilte, wie die Rassenpolitik der Nationalsozialisten.

Die beiden großen Kirchen blieben einer der wenigen Freiräume, in denen sich öffentlicher Protest formieren konnte. Dennoch blieb die Haltung der Kirchen im Nationalsozialismus widersprüchlich. Wie ist das Verhalten der beiden Kirchen im „Dritten Reich“ zu bewerten? Welche Handlungsspielräume hatten sie zwischen Anpassung und Widerstand?

Diese und andere Fragen wollen wir gemeinsam mit unseren Referenten diskutieren. Wir laden Sie recht herzlich dazu ein.

03.02.2015, 19.00 Uhr

Stadtmuseum Dresden (Landhaus)

Wilsdruffer Straße 2 | 01067 Dresden

Prof. Dr. Harry Oelke, Lehrstuhl für Reformations- und jüngere Kirchengeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. em. Dr. Ulrich von Hehl, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Leipzig ■

Der Kreisvorstand der CDU Dresden und die Mitarbeiter der Kreisgeschäftsstelle wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein friedliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Die Kreisgeschäftsstelle ist ab 23. Dezember bis 2. Januar 2015 geschlossen.
Für dringende Angelegenheiten sind wir am 29. Dezember 2014 von 10.00 bis 12.00 Uhr für Sie da.

Termine Ortsverbände

09.12.	19.00 Uhr	OV Leuben / Laubegast	Adventsstammtisch	Volkshaus Laubegast
10.12.	18.00 Uhr	OV Pieschen	Adventsfeier	Trobischhof
17.12.	19.30 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Adventsfeier	Hotel Andreas, Prellerstraße 18
07.01.	19.00 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Ortsverbandsvorstandssitzung	Wahlkreisbüro Modschiedler
07.01.	19.30 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Dreikönigsstammtisch mit dem designierten OB-Kandidaten der CDU Dresden, Staatsminister Markus Ulbig MdL	Einladung folgt
16.01.	18.30 Uhr	OV Neustadt	mitgliederoffene Vorstandssitzung	Gaststätte "Am Thor"
19.01.	17.30 Uhr	OV Neustadt	Ortsbeirat Neustadt	Ortsamt Neustadt
27.01.	18.30 Uhr	OV Dresdner Westen	Mitgliederoffene Vorstandssitzung	Bürgerbüro Lars Rohwer

Weitere Termine

15.12.	14.00 Uhr	Senioren Union: Adventsfeier	Alloheim
08.01.	19.00 Uhr	Junge Union: mitgliederoffene Vorstandssitzung	Hugo-Hickmann-Raum, Rähnitzgasse 10
19.01.	14.00 Uhr	Senioren Union: Mitgliederversammlung (Andreas Lämmel MdB; angefragt)	Alloheim
22.01.	18.30 Uhr	EAK: Mitgliederoffene Vorstandssitzung	Hugo-Hickmann-Raum

Termine Kreisvorstand

19.01.	17.30 Uhr	geschäftsführender Vorstand
19.01.	19.00 Uhr	Kreisvorstand
06.02.	17.00 Uhr	47. Kreisparteitag Nominierung OB-Kandidat
13.02.		Menschenkette in der Innenstadt
23.02.	17.30 Uhr	geschäftsführender Vorstand
23.02.	19.00 Uhr	Kreisvorstand
06./07.03.		Klausur

Öffnungszeiten der CDU-Kreisgeschäftsstelle

Mo, Do 09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 16 Uhr
Di 09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 17 Uhr
Mi 09 Uhr - 12 Uhr
Fr 09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 15 Uhr

Individuelle Termine sind nach tel. Absprache möglich.

Die Mitarbeiter der CDU-Kreisgeschäftsstelle stehen Ihnen ab Anfang des Jahres 2015 in neuen Räumlichkeiten zur Verfügung:

Haus an der Kreuzkirche, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

Unsere Kontaktdaten ändern sich nicht:

Tel. 0351 8296622, Fax 0351 8296625, buero@cdu-dresden.de

lancia.de

WO ELEGANZ UND QUALITÄT SICH VEREINEN.

ERLEBEN SIE DIE ELEGANZ DER LANCIA MODELLE.

DIE ELEGANZ DER FUNKTIONALITÄT.
DER LANCIA VOYAGER PLATINUM¹.

AB 39.990,- €¹
INKL. 4 JAHRE LANCIA GARANTIE*



Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Zeitlos. Sorglos. Wunschlos. Den Lancia Voyager Platinum¹ gibt es mit 4 Jahren Garantie ohne Kilometerbegrenzung und exklusiver Ausstattung, wie zum Beispiel:

- ▶ XENON-Frontscheinwerfer
- ▶ Dritte Sitzreihe elektrisch umklappbar/versenkbar
- ▶ Innenausstattung in Nappa-Leder²/Alcantara[®]
- ▶ Totwinkel-Assistent und hintere Bewegungserkennung
- ▶ uconnect[®] Festplatten-Navigationssystem
- ▶ Infinity[®] HiFi Soundsystem mit 506 Watt
- ▶ ParkView[™] Rückfahrkamera
- ▶ Keyless Enter-N-Go

Erleben Sie echte Eleganz und testen Sie den LANCIA VOYAGER jetzt bei einer Probefahrt!

Kraftstoffverbrauch nach RL 80/1268/EWG (l/100 km):
innerorts 10,5; außerorts 6,3; kombiniert 7,9.
CO₂-Emission (g/km): kombiniert 207.



ELEGANZA IN MOVIMENTO.
Dal 1906.

¹ Privatkundenangebot für sofort verfügbar Lancia Voyager Platinum 2.8i MultiJet 16v 130 kW (177 PS) mit Tageszulassung (Erstzulassung 10/2014) inkl. Überführungskosten. Dieses Angebot ist nicht kombinierbar mit anderen Aktionsangeboten und gilt nur so lange der Vorrat reicht.

² Leder kombiniert mit hochwertiger Ledernachbildung.

* 2 Jahre Fahrzeuggarantie und 2 Jahre gleichwertige Neuwagenanschlussgarantie inkl. europaweiter Mobilitätsgarantie der Allianz Automotive Services GmbH gemäß deren Bedingungen, gültig ab vorbezeichneter Erstzulassung des Fahrzeugs.



Jeep

GLÖCKNER
Wir lieben Automobile.de

Dohnaer Straße 103
01219 Dresden
Telefon (0351) 40 42 80
Fax (0351) 40 42 830

Grenzstraße 7
01109 Dresden
Telefon (0351) 88 57 30
Fax (0351) 88 57 330

www.gloeckner-automobile.de
info@gloeckner-automobile.de

Nr.: F11476

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Dresden
Rähnitzgasse 10, 01097 Dresden

PVST. Entgelt bez.
Deutsche Post AG



Jan Donhauser, Fraktionsvorsitzender
E-Mail: donhauser@dresden-cdu.de

Maßhalten - Gedanken zum Jahreswechsel -

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Ich bedanke mich herzlich bei meiner Fraktion, bei der Oberbürgermeisterin Helma Orosz, den Bürgermeistern, den Mitarbeitern im Rathaus und unseren Unterstützern für die intensive Arbeit. Der Jahreswechsel bietet mir auch die Gelegenheit, mich bei allen ehrenamtlich aktiven Dresdnerinnen und Dresdner für ihre Arbeit zu bedanken, denn ihr Engagement ist nicht hoch genug zu schätzen. Dabei entsteht Vorbildliches für Dresden und ganz Sachsen.

In den Tagen um Weihnachten und Silvester zieht wohl jeder Einzelne seine persönliche Bilanz der vorangegangenen zwölf Monate. War es ein gutes Jahr? Was habe ich richtig gemacht? Fragen, deren Antworten unser Herz oft mit Freude füllen oder uns schmerzen. Zieht Dresden diese Bilanz, war es ein erfolgreiches Jahr: Dabei steht für mich im Vordergrund, dass wir wiederholt bei der Finanzierung von großen Bauprojekten im Bereich der Kindertagesstätten, Schulen, Kultur oder Straßen ohne die Aufnahme von Schulden ausgekommen sind. Dresden steht auch wegen der soliden Haushaltspolitik auf einem verlässlichen Fundament, diese nachhaltige Finanzpolitik werden uns unsere Kinder und nachfolgende Generationen danken. Gerade ihnen dürfen wir weder Schulden noch andere Lasten hinterlassen.

Der Haushaltsbeschluss für 2015/16 muss dieses Grundprinzip in sich tragen. Wenn es darum geht, auch fast 25 Jahre nach der Deutschen Einheit dafür zu sorgen, dass Dresden zu den zufriedensten und lebenswertesten Städten zählt, dürfen wir uns weder auf dem Erreichten ausruhen, noch durch kurzfristige Handlungsweisen Erfolge gefährden. Und dennoch: 2020 werden die innerdeutschen Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Die demographische Entwicklung und das Auslaufen des Solidarpakts werden die Ausgabenlast und das Einnahmedefizit für Freistaat und Kommunen vergrößern. Aufgabe der Politik ist es, nach Wegen zu suchen, die Ausgaben zu reduzieren oder Einnahmen zu erhöhen. Hier heißt es, Maß zu halten und auch einmal mit Weniger zufrieden zu sein.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlands brachte uns Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Ich weiß, manche Menschen sehen das anders. Doch gerade mit Blick auf andere Regionen in der Welt sollte uns klar sein, dass wir oftmals „auf hohem Niveau jammern“ und „höher, schneller und weiter“ nicht immer ein „besser“ sein muss. Gerade unter diesem Aspekt der Prioritätenverschiebung sind solides Wirtschaften und funktionierende gesellschaftliche Strukturen eine wichtige Voraussetzung.

Auch nächstes Jahr kann selbst eine so starke Stadt wie Dresden nicht alle Probleme für die Bürger allein lösen. Es braucht die enge Kooperation mit Land, Bund und Europa - gerade auch vor den Herausforderungen, welche die Frage der Unterbringung von Asylbewerbern mit sich bringt. Gute Kooperation ist dabei das eine, Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe das andere. Ich bin überzeugt, dass wir den Menschen nichts Gutes tun, wenn sie sich dauerhaft auf Kosten des Sozialstaates einrichten können. Weder den hier lebenden Transferleistungsempfängern noch ausländischen Menschen, die in Deutschland ihre Zukunft planen, wird so dabei geholfen, ihren Platz im Leben und in der Gesellschaft zu finden. Unsere Landeshauptstadt kann hier als das politische Zentrum Sachsens voran gehen. Das erfordert zweifellos eine größtmögliche Übereinstimmung nicht nur im Stadtrat, sondern einen breiten Konsens der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Diese ehrliche Debatte müssen wir im neuen Jahr führen.

Meine Gedanken zum Jahreswechsel möchte ich mit den besten Wünschen für ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest mit Ihren Familien verbinden. Für das Jahr 2015 wünsche ich Ihnen vor allem Gesundheit, Erfolg bei all Ihren Vorhaben und Gottes Segen.





Die Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung im Kontext der Herausforderungen einer wachsenden Stadt

Stadtrat Gunter Thiele, Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher
E-Mail: thiele@dresden-cdu.de

Im Oktober wurde die neue Bevölkerungsprognose für Dresden veröffentlicht. Demnach setzt sich die positive Entwicklung unserer Stadt weiter ungebremst fort, Dresden wächst von derzeit gut 535.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 auf wohl ca. 585.000 Einwohner! Zudem hat sich die Zahl der Geburten im Vergleich zum letzten Jahr wieder erhöht. Das heißt, bei der Bevölkerungsentwicklung gibt es in Dresden sogar weiteres Potential nach oben.

Doch was bedeutet diese Entwicklung konkret? Neben einem erhöhten Bedarf an Wohnraum benötigt die Stadt auch in anderen Bereichen größere Kapazitäten. Mehr Kinder bedeuten eben z.B. auch einen erhöhten Bedarf an Kita- und Schulplätzen. Mit dem im letzten Haushalt beschlossenen Schul- und Kitabauprogramm wurden diesbezüglich die richtigen Weichen gestellt - ob diese Anstrengungen für den Horizont 2030 ausreichen, muss sich noch zeigen.

Und im Verkehrsbereich? Der seit 2009 erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan VEP 2025+ wurde im November 2014 mit der Stimmenmehrheit von Rot-Rot-Grün im Stadtrat beschlossen. Darin finden sich viele Zielstellungen für die zukünftige Verkehrsentwicklung in Dresden wieder, ebenfalls viele Analysen und Statistiken, und auch das weitere Bevölkerungswachstum wurde zu Grunde gelegt. Und natürlich sind auch konkrete Verkehrsbaumaßnahmen Bestandteil des VEP. Während der langen und intensiven Diskussionsphase, die aus meiner Sicht leider nicht immer konstruktiv verlief, gab es insbesondere bei vier Themenfeldern erhebliche Meinungsunterschiede:

- bei einzelnen Formulierungen zu den grundsätzlichen Leitzielen,

- über das zu Grunde liegenden Entwicklungsszenario,
- beim Umgang mit den sogenannten „Sowieso-Maßnahmen“ und erwartungsgemäß
- der Umgang mit vorgeschlagenen zukünftigen Maßnahmen.

Während sich die Diskussion um die Leitziele in der Zwischenzeit gelegt hat, gab und gibt es bei den Fragen der Entwicklungsszenarien und des Umgangs mit den „Sowieso-Maßnahmen“ immer wieder Personen, die die getroffenen Entscheidungen in Frage stellen.

Drei verschiedene Entwicklungsszenarien standen zur Auswahl: ein eher Kfz-freundliches Szenario A, ein Szenario B, welches die Förderung von ÖPNV-Maßnahmen stärker in den Fokus rückt, und ein Szenario C, welches eine fundamentale Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung zu Grunde legt. In Abwägung aller Argumente (u.a. Realisierungschancen, notwendige Investitionen, Umweltauswirkungen, Empfehlung der Stadtverwaltung) fiel schließlich die Wahl auf Szenario B - auch, weil sich erstens eine Verhaltensänderung der Menschen schwer nachweisen lässt und es zweitens eine Bevormundung darstellt, wenn diese Verhaltensänderung vorausgesetzt und danach geplant würde. Die Entscheidung für Szenario B wird aber von einigen Beteiligten aus dem rot-rot-grünen Lager nach wie vor nicht akzeptiert. Vielmehr gibt es immer wieder Versuche, die Entscheidung zu hintertreiben und doch das Szenario C auszuwählen.

Bei den „Sowieso-Maßnahmen“ handelt es sich um Projekte, die der Stadtrat bereits vor der Fertigstellung des VEP beschlossen hat, wie z.B. den Ausbau der Königsbrücker Straße, das Stadtbahnprogramm oder neue S-Bahn-Haltestellen. All diese Infrastruktur-



projekte werden jedoch dringend benötigt und dürfen nicht in Frage gestellt werden, denn andernfalls ist die Verkehrsinfrastruktur den steigenden Anforderungen keinesfalls gewachsen. Auch hier werden einzelne Projekte, gerade der Ausbau der Königsbrücker, immer wieder in Frage gestellt und aus ideologischen Gründen abgelehnt.

Bei der abschließenden Diskussion der zukünftigen Maßnahmen wurden schließlich wichtige Änderungsanträge von CDU und FDP abgelehnt, so dass wir dem VEP in der vorgelegten Fassung nicht mehr zustimmen konnten. So war jedes Szenario mit bestimmten zukünftigen Maßnahmenpaketen hinterlegt. Unser Ansatz bestand nun darin, einzelne - aus unserer Sicht wesentliche - Maßnahmen des Szenarios A in das Szenario B zu übernehmen, ohne den grundsätzlichen Ansatz des Szenarios B in Frage zu stellen. Dem wurde mehrheitlich leider nicht gefolgt, so dass die Ausrichtung des VEP in der Endeinschätzung recht einseitig in Richtung ÖPNV und Radverkehr ausfällt und die Belange des Kfz- und Wirtschaftsverkehrs aus unserer Sicht nicht hinreichend repräsentiert werden.

Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der finanziellen bzw. haushalterischen Situation nicht einmal alle „Sowieso-Maßnahmen“ mittelfristig umgesetzt werden können. Da diese aber ja erst einmal die Grundlage



für die Inangriffnahme der weiteren Maßnahmen darstellen, stellt sich die Frage nach dem generellen und tatsächlichen Wert des VEP 2025+. Denn nach Umsetzung der „So-wieso-Maßnahmen“ wird eine erneute Bestandsanalyse unumgänglich sein.

Ein wesentlicher Indikator in der Bestandsanalyse des aktuellen VEP ist ein Rückgang der Verkehrsleistung des Kfz-Verkehrs in der gesamten Stadt. Dabei handelt es sich um die Fahrleistung, also die gefahrenen Kilometer pro Fahrzeug in einer bestimmten Zeiteinheit. Diese Analyse ist zunächst richtig und ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Nutzung von ÖPNV und Fahrrad und z.B. auch von neuen Angeboten wie Car- oder Bikesharing zunimmt. Zudem verliert das Auto als Statussymbol tatsächlich an Bedeutung. Dennoch entscheiden sich viele Personen spätestens dann für ein eigenes Kfz, wenn eine Familie gegründet wird bzw. es der Arbeitsweg oder Tagesablauf erfordert. Aus

dem Rückgang der Gesamtfahrleistungen somit auf eine bestimmte (geringere) Verkehrsbelegung auf bestimmten Streckenabschnitten wie z.B. der Königsbrücker Straße zu schließen, ist sowohl fachlich-methodisch falsch, als auch an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.

Für Planungen von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen müssen nach wie vor die Prognose-Verkehrsbelegungen zu Grunde gelegt werden. Das trifft für die Königsbrücker Straße genauso zu wie für das Stadtbahnprogramm. Nur mit diesen Prognosezahlen kann fundiert bewertet werden, welcher Ausbau- bzw. Angebotsstandard zukünftig benötigt wird. Diese Frage auf der Grundlage der aktuellen Belastungszahlen zu beantworten, ist der völlig falsche Weg und lässt künftige Stadtentwicklungen völlig außer Acht. Gerade vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung unserer Stadt brauchen wir also trotz der Waldschlößchenbrücke eine leistungsfähige und stadtteilverträgliche Aus-



bauvariante für die Königsbrücker Straße, die Umsetzung des Stadtbahnprogramms und noch einige andere Infrastrukturprojekte, um mit unserem Verkehrsnetz den zukünftigen Anforderungen gut gerecht werden zu können. Die rot-rot-grüne Beschlussvariante des VEP 2025+ spiegelt das leider nicht wider.



Was bedeutet uns die Familie heute?

Meine Standpunkte in der Familienpolitik

➤ Stadträtin Astrid Ihle, Familienpolitische Sprecherin
E-Mail: ihle@dresden-cdu.de

In unserer Stadt sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr familienfreundlich. Die gleichbleibend hohen Geburtenzahlen sind Ausdruck dessen und Indikator der Lebensfreude und Zuversicht unserer jungen Dresdner. Dies ist wunderbar und spornt uns an, politisch dafür zu sorgen, dass sich dieser für Deutschland nicht mehr alltägliche Trend fortsetzt.

Im Mittelpunkt einer Familienpolitik, die ihre Aufgabe ernst nimmt, steht immer die Frage: Was ist Familien wichtig, was brauchen sie?

Wenn ein kleiner Erdenbürger das Licht der Welt erblickt, fragen sich die Eltern, wie lange sie ihren Sprössling zu Hause ganztägig betreuen werden. Diese Entscheidung

wird von verschiedenen Faktoren wesentlich beeinflusst:

Es gibt das neue Selbstverständnis der Väter, denen es heute ein Bedürfnis ist, die Entwicklung ihrer Kinder aktiver zu begleiten und zu fördern. Gesetzt dem Fall, alle Firmen wären demgegenüber aufgeschlossen, würde sich die personelle Mehrbelastung in Firmen mit hohem Frauenanteil durch die Mutterschaften etwas reduzieren.

Mein solidarisches Mitgefühl und meine Hochachtung gilt auch den jungen alleinerziehenden Müttern. Sie sind meist in einer wirtschaftlichen Situation, die ihnen keine andere Wahl als den Wiedereinstieg ins Berufsleben lässt. Zudem gibt es Frauen, die

oft erst jenseits des 30. Lebensjahres eine Chance sehen, sich wegen ihrer lang währenden Hochschulausbildung den Kinderwunsch zu erfüllen. Sie fragen sich, wie sie den Spagat zwischen beruflicher Erfüllung und liebevoller Mutterschaft meistern können. Wir wissen, dass die Zahl der Frauen mit Hochschulabschluss, die kinderlos bleiben, leider groß ist.

Es gibt Familien, die zugunsten ihrer Kinder materiellen Verzicht üben gegenüber den vielen Verlockungen des Alltags - um ihren Kindern das Glück zu gewähren, in häuslicher Geborgenheit aufzuwachsen und alle Liebe und Fürsorge zu erfahren, die sie sich nur vorstellen können.



Egal wie sich die Familie entscheidet: Uns allen sollte klar sein, dass staatliche Betreuungseinrichtungen nie Elternhäuser ersetzen können. Wie wichtig Eltern für die Entwicklung ihrer Kinder sind, lässt sich auch im aktuellen Bildungsbericht erkennen - so zeigt sich zum Beispiel, dass in Stadtteilen mit funktionierenden und festen Familienstrukturen auch wesentlich bessere Bildungsergebnisse erzielt werden.

Mein familienpolitisches Ziel ist es, Eltern die Ausübung ihrer Verantwortung tatsächlich zu ermöglichen. Wenn häusliche Erziehungsleistungen gleichwertig anerkannt werden, können Familien wirklich frei wählen, welche Form für ihre ganz persönliche Situation die Beste ist. Dann können sie sich vom Wichtigsten leiten lassen: dem Wohl ihrer Kinder.

Ja, die freie Entscheidung der Eltern über Berufstätigkeit oder die Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes ist gegeben. Die moderaten Kosten der Kinderbetreuung und die Aufgeschlossenheit mancher Unternehmen, mit Teilzeitangeboten für den Wiedereinstieg zu werben, sollen ermutigen, in den Beruf zurückzukehren. Das ist auch für die gleichberechtigte Partnerschaft in der Familie von Vorteil.

Ein ermutigendes Signal senden jene Dresdner Unternehmen, die sich durch familienfreundliche Strategien auszeichnen und von denen alljährlich im November eines durch eine Jury zum „Familienfreundlichsten Unternehmen“ gekürt wird. Das sollte andere Firmen bestärken, ebenfalls neue Wege zu gehen. Zum Beispiel ist es für mich, die ich selbst Arbeitgeberin bin, seit langem Unternehmensphilosophie, die Betreuungskosten der Kinder unserer Mitarbeiter zu übernehmen.

Wenn wir auf das Wohl unserer Kinder bedacht sind, so bleibt es unerlässlich, die Schulsanierungen weiter voranzutreiben.

Das Alles werde ich mit Blick auf eine ausgewogene Haushaltsbilanz tun – denn dort gilt wie beim Familienbudget: wer keine Schulzinsen zahlen muss, hat schließlich mehr finanzielle Möglichkeiten! Schulden hingegen, die die öffentliche Hand aufnimmt, packt sie unseren Kindern letztendlich wieder auf die Schultern. Das lehne ich ab.

Wer sich dafür entscheidet, die Kinder in staatliche Obhut zu geben, möchte sich darauf verlassen können, dass der Nachwuchs dort in guten Händen ist. Geht es um die Qualität der Kinderbetreuung, sollten unsere Gedanken dahin gehen, wie wir dem Personal zumindest bürokratische Lasten von den Schultern nehmen können.

In der Jugendhilfe gilt es, das Angebot der Sozialarbeit zu erhalten. Diesem Anliegen sollten wir uns verantwortungsvoll stellen. Prävention stärken kann auch bedeuten, für mehr Nachbarschaftshilfe zu werben.

Wenn wir über Familienpolitik reden, gebührt ebenso der älteren Generation unsere Aufmerksamkeit. Ohne Einsatz unserer Eltern und Großeltern wäre die deutsche Einheit in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit, wie wir sie heute erleben, nicht denkbar. Unter wahrlich schwierigen Bedingungen haben sie unser Land aufgebaut, dafür gebührt ihnen großer Respekt und ein würdevoller Lebensabend. Gleichzeitig sind die Senioren von heute so interessiert und fit wie noch nie. Deren höhere Lebenserwartung und -erfahrung sind vor allem ein Gewinn für die

Gesellschaft. Sie leben ein Vorbild und haben zu manchem Problem einen wohlthuenden Abstand, der den Blick schärft. Dort, wo die Großeltern die Betreuung der Jüngsten unterstützen können, entlastet dies die Gesellschaft.

Auch die Betreuung und Pflege älterer Angehöriger ist ein wichtiges Thema, gerade in der Familie. Hier hat die Bundesregierung jüngst die Weichen neu gestellt und den Handlungsspielraum der Familien erweitert. Im städtischen Bereich gilt es unter anderem, Dienstleistungen zur Unterstützung von Haushalten zu fördern, die solche Aufgaben leisten. Wer würde im Alter nicht lieber im Kreise seiner Familie gepflegt werden, anstatt in einem Pflegeheim? Den Ansatz müssen wir unterstützen.

Die Familie ist ein hohes Gut und hat sich als Basis der Gesellschaft bis heute bewährt. Familie bedeutet Sicherheit und Geborgenheit, Familie bedeutet, sich aufeinander verlassen zu können, füreinander zu sorgen und die Verantwortung füreinander zu übernehmen. Stabile Familien sind für mich als Christdemokratin der Garant für eine funktionierende Gesellschaft. Wir Stadträte haben die Chance, das Lebensumfeld unserer Stadt so zu gestalten, dass darin Familien wachsen können - und dieser Weg kann nur im Einklang zwischen den Realitäten des 21. Jahrhunderts und der Bewahrung eines klassisch-familiären Gesellschaftsbilds erfolgreich sein.



© shutterstock



Herausgeber:

CDU-Fraktion im
Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257
Fax 0351 4882972
www.dresden-cdu.de
cdu-fraktion@dresden.de



Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,
Fraktionsvorsitzender
Andreas Rönsch,
Geschäftsführer
Marcel Duparré,
Fraktionsreferent

Fotos: Redaktion

Satz und Gestaltung:
Z&Z Werbeagentur Dresden

Druck:
Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.